

# Deutsche Umschau



## Politik:

**BdV-Ehrenplakette  
für Joachim Gauck**

## Hessen:

**Jahresgespräch mit  
Innenminister Peter Beuth**

## Kultur:

**Wolfskinder – eine  
Kindergeneration nach 1945**

Herausgeber:



## Inhalt

- 3 BdV-Bundesversammlung in Berlin:  
Ehrung für Altbundespräsident Gauck
- 6 Vertriebene in der DDR
- 8 Dialogveranstaltung beim BMI
- 10 Jahresgespräch mit Vertriebenen-  
verbänden im Hessischen Innen-  
ministerium
- 11 Netzwerk für Europa
- 12 Heimatstuben und Heimat-  
sammlungen in Hessen
- 13 Jahresgespräch  
mit Bündnis 90/Die Grünen
- 14 Seminarreise des DEBW  
nach Nordserbien und Südungarn
- 16 Kulturtagung der Deutsch-Balten
- 16 Tag der Selbstbestimmung in Fulda
- 17 Studienreise an die Wolga
- 18 LWW ehrt Landesbeauftragte
- 18 Monatstreffen des BdV-Kreis-  
verbandes Odenwald
- 19 Tag der Selbstbestimmung  
im Kreis Groß-Gerau
- 20 Buchspende für die Stockstädter  
Gemeindebücherei
- 21 Europäische Tafelrunde in Bensheim
- 21 60 Jahre Stammtisch der  
Sudetendeutschen in Lauterbach
- 22 Wolfskinder –  
eine Kindergeneration nach 1945
- 23 Ostdeutsches Lied in Wetzlar
- 24 Die Kirche im Sudetenlandd
- 24 Institut für Kirchengeschichte
- 25 Zum Tode von Georg Stolle
- 25 Ehrung für Erich Lill
- 26 Zum Tode der Schriftstellerin  
Gudrun Pausewang
- 27 Termine

### Titelbild

*BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (re.)  
überreichte die Ehrenplakette des Bun-  
des der Vertriebenen an Altbundespräsi-  
dent Dr. h.c. Joachim Gauck (Foto: BdV/  
bildkraftwerk)*

# Angemerkt...

## Gesicht zeigen – Stimme erheben

### Gemeinsam gegen Hass und Gewalt

Die Spitzen von Staat, Kirchen und Religi-  
onsgemeinschaften sowie Arbeitgebern und  
Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen ha-  
ben erstmals gemeinsam zum Kampf gegen  
Antisemitismus und Rassismus aufgerufen.  
„75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz  
nimmt der Antisemitismus in unserem Land  
erneut zu“, heißt es in einer kürzlich veröf-  
fentlichten gemeinsamen Erklärung von Ju-  
den, Christen, Muslimen, Arbeitnehmern,  
Arbeitgebern und Landesregierung. „Dieser  
Entwicklung, aber auch der Diskriminierung  
anderer Religionen, dem Fremdenhass und  
dem Rassismus stellen wir uns sowohl auf ge-  
sellschaftlicher Ebene als auch in unseren ei-  
genen Reihen entschieden entgegen.“ Die Er-  
fahrung des Holocaust lehre, „dass wir bereits  
den Anfängen wehren müssen und nie wieder  
zulassen dürfen, dass in unserer Gesellschaft  
Minderheiten aufgrund von Religion, ethni-  
scher Herkunft, sexueller Orientierung oder  
sonstigen Merkmalen diskriminiert werden.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier  
hat nach dem rassistisch motivierten An-  
schlag von Hanau die gesamte Gesellschaft  
zur Verteidigung der Demokratie aufgeru-  
fen. „Unsere Grundwerte, unsere Freiheit,  
unser Frieden – sie sind ohne uns nicht ge-  
sichert“, mahnte Steinmeier. „Demokratie  
lebt nicht, weil das Grundgesetz sie verord-  
net. Sie lebt und bleibt, wenn wir sie wollen  
und uns in ihr engagieren – gegen die, die

sie in Frage stellen oder bekämpfen. Wir  
müssen sie aktiv verteidigen. Wir. Der Staat.  
Ich.“ Als Bundespräsident habe er eine klare  
Botschaft: „Jeder Mensch, der in unserem  
gemeinsamen Land lebt, muss in Sicherheit  
und Frieden leben können. Unser Staat hat  
die Pflicht, dieses Recht zu schützen. Dafür  
muss er mehr tun. Dafür muss er alles tun.“

Auch zahlreiche Städte und Landkreise fol-  
gen inzwischen dem Aufruf der Stiftung ge-  
gen Rassismus und führen jährlich Interna-  
tionale Wochen gegen Rassismus durch. Die  
Internationalen Wochen gegen Rassismus  
stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Ge-  
sicht zeigen – Stimme erheben“. Hierbei sei  
auch der Nationale Aktionsplan der Bundes-  
regierung gegen Rassismus erwähnt, in dem  
Positionen und Maßnahmen zum Umgang  
mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und  
den darauf bezogenen Diskriminierungen  
verdeutlicht und damit Menschenrechte  
geschützt und Diskriminierungen beseitigt  
werden sollen.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) mit sei-  
nen Landsmannschaften hat in der Öffent-  
lichkeit von jeher gegen Ausgrenzung und  
Diskriminierung von Minderheiten seine  
Stimme erhoben. Viele von den deutschen  
Heimatvertriebenen haben dieses Schicksal  
selbst erfahren müssen.

**Helmut Brandl**



ISSN 0723-4295

**Organ des Bundes der Vertriebenen:**

Landesverband Hessen

**Herausgeber / Verlag:**

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen  
e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische  
Innenministerium gefördert.

**BdV-Landesverband Hessen e.V.**

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

**Bankverbindungen:**

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

### Redaktion:

Siebert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher  
(Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat  
für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Sig-  
num oder Namen gezeichnete Beiträge geben  
die Meinung des Verfassers wieder.

### Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

### Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH  
Rolandsecker Weg 33  
53619 Rheinbreitbach

### Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben p. a.  
31. März 2020, 30. Juni 2020, 30. September  
2020 und 15. Dezember 2020

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
15. Mai 2020

## „Das Land sagte Ihnen über mich Danke ...“

### BdV-Ehrenplakette an Bundespräsident a.D. Joachim Gauck verliehen

Auf einem Festakt und mit anschließendem Empfang am Rande der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 29. November 2019 in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund hat der BdV dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. h.c. Joachim Gauck seine höchste Auszeichnung, die Ehrenplakette, verliehen. Einstimmig habe das Präsidium diese Entscheidung getroffen, erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius in der Veranstaltungseinladung, denn „ganz unabhängig von Amt und Würden“ habe Gauck sich schon früh für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler eingesetzt. In seiner Laudatio auf den Preisträger führte Fabritius diese Begründung weiter aus.

#### Dank für fortwährendes Bekenntnis zum Schicksal der Vertriebenen

Der BdV-Präsident erinnerte an das Ende der 1990er und die frühen 2000er Jahre, als der „Weg zu einer konkreten Vertriebenen-Gedenkstätte noch nicht gefunden“, deren Aufbau aber schon öffentlich debattiert wurde. Gegenwind für solche Pläne habe es insbesondere aus Tschechien oder aus Polen gegeben. Allenfalls auf dem Balkan hätte man des Schicksals deutscher wie europäischer Vertriebenen gedenken sollen, nicht jedoch in Deutschland, so die Kommentare aus dem Ausland. In diese Zeit fiel Joachim Gaucks erste deutliche Parteinahme für ein

„Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin sowie für die Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler. Dabei habe Gauck schon damals als Zielgruppe eines solchen Ortes des „Lernens und Gedenkens“ über die Vertriebenen hinaus die gesamte Bevölkerung im Sinn gehabt. Die Erinnerung an das kollektive Leid zu erhalten und die Gesellschaft mit sich selbst zu versöhnen.

Schon in den damaligen Äußerungen Gaucks scheint beides immer wieder auf. Ausdrücklich würdigte Fabritius den Geehrten dafür, an diesen Grundsätzen gegen Anfeindungen aus den Nachbarländern oder Provokationen der Medien stets argumentativ souverän festgehalten zu haben.

Auch in seinem Amt als Bundespräsident, so der Laudator weiter, habe Joachim Gauck sich von diesen Überzeugungen leiten lassen. Deutlich sei dies etwa in seiner Rede zum ersten bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin geworden, so Bernd Fabritius und zitierte Gauck mit den



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seiner Laudatio für Bundespräsident a.D. Joachim Gauck

Worten: „Umso verständlicher, warum ich dann, warum wir Einheimischen später so bereitwillig verdrängten, dass andere, die Vertriebenen, so unendlich mehr bezahlt hatten für den gewaltsamen, grausamen Krieg als wir. Warum wir, die wir unsere Heimat behalten hatten, aufzurechnen begannen und eigene Bombardierungen und Tote anführten, um uns gegen die Trauer der anderen, der zu uns Kommenden, zu immunisieren. Mit politischen Thesen blockierten wir die uns mögliche Empathie.“ Eine „Gänsehautformulierung“ sei dies, betonte Fabritius und erklärte weiter: „Es gehört viel dazu, ein solches Bekenntnis für das Schicksal der Vertriebenen abzulegen. Es gehört noch mehr dazu, damit auch zur Gesellschaft durchzudringen. Vielleicht kann das tatsächlich nur ein Bundespräsident tun. Sie haben es getan.“

Mit seiner Rede als Bundespräsident beim zentralen Auftakt zum Tag der Heimat des BdV 2016 in Berlin sprach Joachim Gauck erneut in dieser Tonlage zu den versammelten Vertriebenen und Spätaussiedlern. In einen „Erinnerungsschatten“ seien das Schicksal von Flucht und Vertreibung und die Heimat im Osten durch die notwendige Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges geraten, zitierte Fabritius die Analyse des Bundespräsidenten. Er habe damals außerordentlich begrüßt, „dass die Politik nun hilft, das Schicksal dieser Menschen aus dem Erinnerungsschatten zu holen. Und ich danke allen, nicht zuletzt dem Bund der Vertriebenen, die sich dafür eingesetzt haben.“ Zu danken hätten die Vertriebenen und ihre Verbände, schloss der



Dank an Altbundespräsident: (v.l.) Daniela Schadt, Joachim Gauck, Dr. Bernd Fabritius und Dr. Antje Draheim

Fortsetzung auf Seite 4 ►

► Fortsetzung von Seite 3

BdV-Präsident, „für dieses fortwährende Bekenntnis zu unserem Schicksal und unseren Anliegen“. Daher werde Gauck die höchste Ehrung des Verbandes zuteil.

**Joachim Gauck:**  
**„Sie sind auf dem richtigen Weg“**

Joachim Gauck zeigte sich nach Fabritius' Worten berührt und erklärte, er nehme „diese Auszeichnung dankbar und gerne an“. Es freute ihn sichtlich, dass er in Wort und Tat – sowohl als „engagierter Mitbürger“ als auch als Bundespräsident – Spuren hinterlassen hat, die vielen im Gedächtnis geblieben sind. In einer kurzen Ansprache ordnete er im Folgenden seinen Einsatz für die Vertriebenen nochmals ein.

So habe er durchaus bewusst die Entscheidung getroffen, als Bundespräsident gleich zweimal zu den Vertriebenen und ihren Anliegen zu sprechen: beim nationalen Gedenktag 2015 und beim Tag der Heimat 2016. Damit und auch mit der vorher gelobten Formulierung des „Erinnerungsschattens“ habe er Zeichen dafür setzen wollen, dass „politische Kultur auch (...) Defizite aufweisen kann“, und dass diese zu beseitigen sind. Wenn in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Opferdiskurs die notwendige Aufarbeitung der Kriegsverbrechen erschwert habe, so sei doch die Einstellung der Folgegeneration, den Opfern „das Maul stopfen“ zu wollen, ebenso ein Irrweg gewesen. Der Erinnerungsschatten habe sich etwa darin gezeigt, dass selbst die berechtigten Anliegen der Ver-

triebenen nicht mehr in der breiten Debatte vorkamen. Durch diese „Nicht-Beachtung, Nicht-Würdigung, Nicht-Wahrnehmung“ seien auf beiden Seiten „viele Haltungen versteinert“ gewesen, verdeutlichte Gauck.

Den Weg aus dieser Situation hätten die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände selbst gefunden: „indem sie aus ihrer Erinnerungstradition (...) herausgetreten sind und selber auch die Versöhnungsarbeit begleitet haben und indem einzelne Mitglieder aus den Vertriebenenmilieus ganz früh Brücken gebaut haben“. Eine angemessene Würdigung dieser „unendlichen kostbaren Bewegungen“ bleibe die übrige Gesellschaft jedoch bis heute schuldig, mahnte Gauck. Die damaligen Worte des Bundespräsidenten sollten also als Anerkennung und Dank für das Wirken des BdV und seiner Mitglieder verstanden werden. „Das Land sagte Ihnen über mich Danke und würdigte Sie über mich als Präsidenten. Ich erinnere Sie daran, dass mit mir diese Nation Ihnen gesagt hat: Sie sind auf dem richtigen Weg.“

In einem Lehrstück angewandter Empathie erläuterte der Altbundespräsident danach das mit den Vertreibungen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg verbundene Sonderopfer. So solle man sich als Nicht-Betroffener nur einmal vorstellen, auch die Alliierten wären von Diktatoren regiert worden und hätten im Westen Teile Deutschlands abgetrennt – das Saarland, die Gebiete bis zum Rhein oder Bremen. Es sei eben keine „Logik der Geschichte“, dass die einen die Heimat verloren hätten, während die anderen von diesem Schicksal verschont blieben.

Zum Schluss betonte Joachim Gauck, wie wichtig es sei, das Wissen um die Geschichte der Deutschen im Osten und um das Schicksal von Flucht und Vertreibung zu erhalten. „Irgendwann wird es Teil eines guten kollektiven Gedächtnisses sein, dass die Menschen mit den Namen Breslau, Stettin und Königsberg wichtige Stationen der deutschen Kultur und der deutschen Geschichte verbinden. Aber von selbst passiert das nicht. Insofern nehme ich diese Auszeichnung dankbar an und auch als Auftrag, das Thema nicht aus meinem Kopf und meinem Engagement herausfallen zu lassen.“

**Grußwort**  
**Staatssekretärin Dr. Antje Draheim**

In einem kurzen Grußwort dankte auch die Hausherrin der Landesvertretung von Mecklenburg-Vorpommern, Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten Dr. Antje Draheim, dem Bund der Vertriebenen für dessen Einsatz für Verständigung und gegen das Vergessen. Ihren „Rostocker Landsmann“ Joachim Gauck würdigte sie für seine vielfältigen Verdienste, etwa als Bürgerrechtler, in der Aufarbeitung der SED-Diktatur oder als Bundespräsident.

**BdV-Bundesversammlung erneut mit wichtigen Entschlüssen**

In der anschließenden Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen besprachen die Delegierten der Mitgliedsverbände eine Vielzahl aktueller Themen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler. Hierzu verabschiedeten sie vier Entschlüsse.

Erneut forderte der Bund der Vertriebenen die Bundesregierung darin erstens auf, Generationengerechtigkeit für die Aussiedler und Spätaussiedler herzustellen und wies auf die personalkreispezifischen Benachteiligungen der Betroffenen im Rentenrecht hin. Die von der Koalition auf den Weg gebrachte Grundrente könne diese nicht ausgleichen. Es sei keine Lösung, „erst die Anwartschaften auf das Armutsniveau zu kürzen, um sie dann durch einen sozialen Rentenaufschlag wieder aufzustocken“.

Zweitens ging es den Delegierten im Bereich des gesetzlichen Auftrages der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes darum, den von der Bundesregierung verfolgten „partizipativen



*Der Altbundespräsident nahm sich Zeit für Fotos mit den Delegierten, hier v.l.: Albrecht Schläger, Milan Horáček, Joachim Gauck, Reinfried Vogler und Siegbert Ortmann (Fotos: BdV/bildkraftwerk).*



Tagungsleitung der Bundesversammlung (v.l.): Siegbert Ortman, Klaus Schuck, Dr. Bernd Fabritius, Stephan Grigat, Christian Knauer, Renate Holznagel und Albrecht Schläger (Foto: BdV/bildkraftwerk).

Ansatz“ weiter zu stärken. Es gelte, „die Kulturträger und ihre Organisationen – Landsmannschaften, BdV-Landesverbände und insbesondere die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – in ihrer Arbeit zu unterstützen und diese auf sichere und zukunfts-fähige finanzielle Fundamente zu stellen“.

In einer dritten Entschließung griff die Bundesversammlung ein auch von Joachim Gauck angesprochenes Thema auf: So seien die Verantwortlichen in Ländern und Bund gefordert, „das Wissen und die Wissensvermittlung um die Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie zu Flucht und Vertrei-

bung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge deutlich zu stärken“.

Zuletzt griff die Bundesversammlung mit einer Sonderbriefmarke anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns von Flucht und Vertreibung ein Herzensanliegen des BdV auf, das der Verband und viele Mitglieder bereits seit etwa zwei Jahren auf dem dafür vorgesehen Weg über den zuständigen Programmbeirat und das Bundesfinanzministerium vorange-trieben hatten – bislang leider ohne positives Ergebnis. Dabei lobten sie einen Beschluss des Parteitages der CDU Deutschlands in Leipzig, mit dem sich die dortigen Delegierten ebenfalls hinter dieses Anliegen gestellt hatten. Die gewünschte Sonderbriefmarke könne zum 20. Juni 2020 – dem nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung – herausgegeben werden. ■

Marc-P. Halatsch

## Joachim Gauck – Bundespräsident 2012 – 2017

Joachim Gauck wird 1940 in Rostock geboren. Nach dem Abitur studiert er Theologie. Von 1965 bis 1990 steht er im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und arbeitet viele Jahre als Pastor. Schon als Jugendlicher tritt Joachim Gauck in Opposition zur Diktatur in der DDR. 1989 gehört er zu den Mitbegründern des Neuen Forums und wird in Rostock dessen Sprecher. Joachim Gauck ist Mitinitiator des kirchlichen und öffentlichen Widerstands gegen die SED-Diktatur. Er leitet die wöchentlichen „Friedensgebete“, aus denen die Protestdemonstrationen hervorgehen.

Im März 1990 zieht Joachim Gauck als Abgeordneter der Bürgerbewegungen, die sich im Bündnis 90 zusammengeschlossen hatten, in die zum ersten Mal frei gewählte Volkskammer ein. Joachim Gauck wird zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit gewählt. Zum 3. Oktober 1990 beruft ihn Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf Vorschlag der Bundesregierung zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Von 1991 bis 2000 ist Joachim Gauck Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Von 2001 bis 2004 ist Joachim Gauck deutsches Mitglied des Verwaltungsrates der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien.

2003 wird er Bundesvorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Am 18. März 2012 wählt die Bundesversammlung Joachim Gauck zum elften Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. „Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung“ – unter dieser Leitlinie ermutigt Bundespräsident Joachim Gauck die in Deutschland lebenden Menschen – Einheimische ebenso wie Eingewanderte –, ihr Leben aktiv als Bürger zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen: „Mögen Ängste uns auch begleiten: Wir lassen uns das Vertrauen zu uns selbst und zu unserer Demokratie nicht nehmen.“

Für sein Wirken wurde Joachim Gauck mit zahlreichen Ehrungen und Preisen ausgezeichnet, darunter die Theodor-Heuss-Medaille, der Geschwister-Scholl-Preis, der Europäische Menschenrechtspreis und der Ludwig-Börne-Preis. Er ist Ehrendoktor der Universitäten Rostock, Jena, Augsburg, der National University of Ireland/Galway, der Hebrew University of Jerusalem, der Université Paris-Sorbonne sowie der Maastricht University.

Joachim Gauck lebt seit 2000 mit Daniela Schadt zusammen. Er hat vier Kinder, zwölf Enkel- und sechs Urenkelkinder.

Quelle: [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)



Bundespräsident a.D. Joachim Gauck (Foto: Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons))

# Vertriebene in der DDR

## Verordneter Heimatverzicht – Zum Umgang mit einem Tabuthema

Am 14. November 2019 fand die wissenschaftliche Tagung „Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu“ statt. Diese Veranstaltung organisierte die Deutsche Gesellschaft e.V. in Kooperation mit dem BdV – Bund der Vertriebenen und sie wurde durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig – Haus der Geschichte gefördert. Veranstaltungsort war der Vortragssaal des Zeitgeschichtlichen Forums.

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den anderen Siedlungsgebieten schwierte die SED-Diktatur in der DDR aus politischen Gründen tot. Bestenfalls bezeichnete sie die Vertriebenen als „Umsiedler“, wobei der Eindruck entstand, dass die Menschen ihre alte Heimat freiwillig verlassen hätten. Dennoch beschäftigte dieses Thema Staat und Gesellschaft. Die Tagung ging der Frage nach, wie der Vertriebenen Diskurs in der DDR geführt wurde. Die Rolle der staatlichen Institutionen, von der SED bis hin zur Staatssicherheit, wurde dabei ebenso beleuchtet wie die Rolle gesellschaftlicher Organe, etwa der Kirchen. Auch Unterschiede zwischen den früheren Ländern – Mecklenburg war beispielsweise Hauptaufnahmegebiet – wurden herausgearbeitet und mit Zahlen unterlegt.

Die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit von Heimatvertriebenen beleuchteten die Referenten und Gäste ebenso wie sie die Graubereiche der Behandlung in Kunst, Film und Literatur aufzeigten. Gleichmaßen berührte die Tagung die Zeit der Friedlichen Revolution und die Wiedervereinigung, die den Vertriebenen in der DDR neue Perspektiven eröffneten. Dazu zählten auch Entschädigungsregelungen und der ideologiefreie Aufbau von Beziehungen der Vertriebenen zu Menschen aus den Vertreibungsgebieten. Die Konferenz präsentierte die neuesten Forschungserkenntnisse und lud zur Diskussion ein.

Ziel der Tagung war es, 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Anfang vom Ende der deutschen Teilung, in Partnerschaft mit dem Bund der Vertriebe-

nen einen eher wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte öffentlich zu diskutieren. In drei Themenblöcken mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurde der Komplex erschlossen und von den Referentinnen und Referenten, den Podiumsgästen und dem Publikum diskutiert.

Zu Beginn begrüßten die anwesenden Gäste Dr. Jürgen Reiche, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, Hartmut Koschyk, parlamentarischer Staatssekretär a. D. und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. sowie Prof. Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen.

Koschyk verwies in seinen einführenden Worten darauf, dass das brennende Thema von Flucht und Vertreibung auch in der DDR jenseits der staatlich kontrollierten Sphären stets präsent gewesen sei. In der rigiden Politik der SED gegenüber der öffentlichen Präsenz der ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete und ihrer vormaligen Bewohnerinnen und Bewohner offenbarten sich erst in den 1980er-Jahren Risse, wie zum Beispiel die damalige Forschung von Manfred Wille an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg gezeigt habe. Im Privaten hielten familiäre Verbindungen über die Grenzen hinweg das Thema wach. In seiner eigenen Familie, die über die Bundesrepublik, die DDR, die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakei verteilt war, blieben Flucht und Vertreibung bei Familientreffen immer ein Thema. Die mangelnde Aufarbeitung und Negierung ihres traumatischen Schicksals in der Öffentlichkeit wurden als persönliche Verletzung wahrgenommen.

Fabritius eröffnete seine einführende Rede mit Grüßen von Bundeskanzlerin



Prof. Dr. Joachim Tauber führte in den ersten Themenblock „Flucht und Vertreibung – die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet“ ein. (Fotos: Deutsche Gesellschaft e. V.)

Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer. Er knüpfte an die Worte Koschyks an und verdeutlichte, wie sehr sich staatliche Erinnerungspolitik in ideologisierten Sammelbegriffen manifestiere. Innerhalb einer kurzen Zeit seien im Machtbereich der SED aus Flüchtlingen und Vertriebenen Umsiedler und dann alsbald „ehemalige Umsiedler“ geworden, was ihr schweres Schicksal und das fortdauernde Leiden verharmlost habe. Gleichwohl sei zu konstatieren, dass Ostdeutschland mit der „Wucht dieses Zustroms“ im Vergleich zum Westen „am schwersten getroffen“ war.

Nach der Erfahrung von Flucht und Vertreibung erlebten die Vertriebenen spätestens mit dem Görlitzer Abkommen von 1950 einen „verordneten Heimatverzicht“. Wer nun das historische Geschehen und die Grenzziehung kritisierte oder eine Organisation der Vertriebenen anstrebte, wurde strafrechtlich verfolgt: Die Vertriebenen erlebten eine „Entrechtungserfahrung“. Für ihre Geschichten war „im engen ideologischen Korsett der DDR kein Platz.“ Folgerichtig entschieden sich viele Vertriebene bis 1961 für die erneute Flucht und verließen die DDR. Für diejenigen, die in der DDR verblieben, hatte die Erinnerung, abseits gelegentlich vorhandener kleiner Freiräume wie im privaten Gespräch und in manchen Kirchengemeinden, keinen Platz. So wurde aus Wolfgang Thierses Geburtsort Breslau in seinem Ausweis der Ort „Wrocław“.

Ihr Schicksal am Ende des Krieges und die Negierung ihrer Erinnerungen bildeten eine doppelt schwere, negative Erfahrung für die Vertriebenen. Dieser zum Trotz leisteten sie wie in der Bundesrepublik auch in der DDR einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands. Ihre Kulturen und Bräuche bereicherten trotz der abwehrenden Haltung der SED-Diktatur auch die DDR. Auch wenn die Erinnerung in vielen Familien weitergetragen wurde, dürfe man – so Fabritius – die jahrzehntelange, fehlende Erinnerungskultur in der DDR nicht unterschätzen. Die in der DDR propagierten Lügen, Verfälschungen und Verengungen hätten viele Menschen beeinflusst. Als ein Beispiel zitierte er aus einem „Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule 12. Klasse“ von 1961 aus Berlin, in dem es hieß, dass die „Umsiedlung“ der Deutschen den Völkern Ostmitteleuropas den Frieden ermöglicht und Deutschland die Chance gegeben habe, eine Demokratie – in Form der DDR – aufzubauen.

Fabritius schloss seine Rede mit dem Verweis auf die überwiegend friedlichen Revo-

lutionen in Ostmitteleuropa nach 1989, die vom Baltikum bis in die DDR endlich wieder Möglichkeit schufen, miteinander zu diskutieren und zu erinnern. Die deutschen Heimatvertriebenen reichten den Menschen, wie in der Charta der Heimatvertriebenen vor 70 Jahren festgelegt, und den Völkern Ostmitteleuropas die Hand. Diesen Brückenbau werde das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit seiner Heimatpolitik und der Unterstützung der Vertriebenenverbände fortsetzen. ■  
(Auszug aus dem Tagungsbericht)



120 Gäste folgten der Einladung von DG und BdV nach Leipzig.



Initiatoren und Beteiligte: (v.l.) Dr. Andreas H. Apelt, Prof. Dr. Joachim Tauber, Dr. Gundula Bavendamm, Dr. Jens Baumann, Steffen Neumann, Bernard Gaida und Hartmut Koschyk

## Gustloff und ihre Opfer sind ewige Mahnmale

Tausende starben 1945 bei Torpedierung von Flüchtlingsschiff

**Zum 75. Jahrestag der Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:**

Am 30. Januar 2020 jährte sich zum 75. Mal die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ durch das sowjetische U-Boot „S-13“. Fast 9.500 Menschen starben 1945 vor der Küste von Stolpmünde in den eisigen Fluten der Ostsee.



Die Gustloff im Danziger Hafen 1939 (Foto: Bundesarchiv, Bild 183-H27992 / Sönneke, Hans / CC-BY-SA 3.0).

Die Gustloff war ein Flüchtlingsschiff mit mehr als 10.500 Personen an Bord. Überwiegend Bewohner West- und Ostpreußens sowie Danzigs suchten mit ihr einen Weg nach Westen. Gemeinsam mit ca. zwei Millionen anderen Deutschen mussten sie ihre Heimat notgedrungen verlassen – aus Angst vor der heranrückenden Roten Armee und vor der Rache für den Vernichtungskrieg und die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches. Ihre Versenkung war kein Versehen, wie etwa die Schicksale der am 10. Februar 1945 ebenfalls von S-13 an fast der gleichen Stelle versenkten „Steuben“ sowie vieler anderer Schiffe zeigen.

„Erinnerung ist unsinkbar“, hat der Gustloff-Chronist Heinz Schön stets betont. Die Gustloff und ihre Opfer gehören daher heute zu den ewigen Mahnmalen eines grauenvollen Krieges, in dem Unrecht mit Unrecht beantwortet wurde und in dem Menschenrechte wie auch zivile Menschenleben nichts mehr galten.

Der Zivilisationsbruch des Holocaust, viele weitere ethnische Säuberungen, Deportation und Zwangsarbeit, Massenvergewaltigungen, Flucht und Vertreibung oder Schicksale wie das der Flüchtlinge an Bord der Gustloff, aber auch das jahrzehntelang zunächst vom nationalsozialistischen und später vom kommunistisch-stalinistischen Unrecht zerrissene Europa: Die Erinnerung an all diese Ereignisse muss auf alle Zeit im Gedächtnis unserer europäischen Völker festgeschrieben bleiben – insbesondere weil die Zahl der Zeitzeugen kontinuierlich abnimmt. Sie mahnt uns, so etwas nie wieder zuzulassen und uns miteinander – auch über Grenzen hinweg – für eine gemeinsame Zukunft einzusetzen.

Hierzu tragen die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Verbände seit Jahrzehnten entscheidend bei. Daran wollen wir im 70. Jahr seit der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ ebenfalls erinnern. ■

# Dialogveranstaltung des BMI mit den Vertriebenenverbänden

„Vertriebenenorganisationen sind Mitstreiter des BMI in einer modernen Heimatpolitik“

„Die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler waren und sind ein Garant für den Erfolg Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Dies erklärte Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, beim „Dialog mit den Vertriebenenverbänden“ am 21. Februar 2020 im Berliner Bundeshaus, wo die „Abteilung Heimat“ des BMI ihren Sitz hat. Damit umriss er die inhaltliche Dimension ebenso, wie er die Stimmung des Austausches aufnahm.

Konstruktiv und zugewandt diskutierten Vorstände, Ehrenamtler und Mitarbeiter einer Vielzahl der im Bund der Vertriebenen organisierten Verbände mit Stephan Mayer sowie Dr. Bernd Fabritius, der als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten teilnahm, Dr. Michael Frehse, dem Leiter der Abteilung Heimat, Dr. Uta Dauke, der verantwortlichen Unterabteilungsleiterin, sowie den zuständigen BMI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern über die Perspektiven der durch das BMI geförderten verständigungs-politischen Maßnahmen, informierten sich über die Antragstellung und ließen sich die Kernanliegen der Heimatpolitik der Bundesregierung darlegen.

PSSt Mayer etwa verdeutlichte: „Die Heimatverbundenheit der Vertriebenen schafft das Fundament für einen weltoffenen Austausch und schärft das Verständnis für die Besonder-

heit unserer kulturellen und geschichtlichen Wurzeln in Europa. Die Vertriebenenorganisationen sind wichtige Mitstreiter des BMI für eine moderne und zukunfts-gewandte Heimatpolitik.“ Dies griff Bernd Fabritius als Minderheitenbeauftragter auf und erklärte: „Die Vertriebenen und ihre Verbände sind Brücken in die Heimatgebiete und zu den dort lebenden Heimatverbliebenen.“ Dies gehe nicht nur die betroffenen Generationen an, denn „Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik soll stets auch eine Einladung an junge Menschen sein, sich aktiv einzubringen“. Dr. Frehse wiederum würdigte die Leistungen der Vertriebenen im Bereich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und sagte: „Sie und ihr Schicksal gehören unverzichtbar zur DNA unserer Gesellschaft.“

Im Meinungsaustausch verdeutlichte Rainer Lehni, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, der zusammen mit Valerie Bertleff von der Siebenbürgisch-Sächsischen Jugend in Deutschland (SJD) an diesem Dialog teilnahm, wie im siebenbürgischen Verband die Jugend aktiv und erfolgreich eingebaut ist. Dass am SJD-Volkstanzwettbewerb mehrere hundert Jugendliche aktiv mitmachen, bestätigte, dass der Begriff Heimat heute aktueller denn je sei. Ähnlich arbeiten auch die Banater Schwaben, deren Bundesvorsitzender Peter-Dietmar Leber auf eine Jugendveranstaltung hinwies, in der selbstverständlich auch einheimische Jugendgruppen mitwirkten.

Auf das Thema Altersarmut bei Spätaussiedlern ging in Vertretung der drei beteiligten Landsmannschaften der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen, ein. Er schilderte die Ungerechtigkeit der bestehenden Rentenkürzungen sowie die daraus entstehenden sozialen Notlagen und warb beim BMI um Unterstützung. Dem BdV dankte er, dass dieses Thema „ganz oben auf der Agenda“ geführt und in der Öffentlichkeit gehalten werde – etwa durch Entschließungen der Bundesversammlung. Großes Verständnis zeigte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Bernd Fabritius. Er erklärte, dass die Rentenkürzungen nicht nur im Hinblick auf das Kriegsfolgenschicksal ungerecht seien, sondern dass damit auch „der Generationenvertrag aufgekündigt“ werde, seien doch die Nachkommen der betroffenen Spätaussiedler eine große Stütze für das umlagebasierte deutsche Rentensystem.

Seitens des BMI wurde außerdem betont, dass das Ministerium die bereits mehr als sieben Jahrzehnte bestehende Regierungsverantwortung für die berechtigten Anliegen der Vertriebenen ernst nehme. Nach wie vor würden Maßnahmen von Vereinigungen und Einrichtungen der Vertriebenen gefördert, die sich aktiv im Dienst der Völkerverständigung einbringen. Diese Projekte dienten der Aussöhnung sowie der Vertiefung des friedlichen Miteinanders mit Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Es gelte, belastende



Der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer bei seiner Ansprache: (v.l.) Dr. Uta Dauke, Dr. Michael Frehse, Dr. Bernd Fabritius, Stephan Mayer, Eckhard Pols MdB, Christoph de Vries MdB und Eckhard Gnadtke MdB.



Auch Eckhard Pols, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach mit den anwesenden Vertretern der Vertriebenenverbände (Fotos: BdV Archiv).



*Dr. Bernd Fabritius erläutert die Arbeit des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten*



*Diskussion über die verständigungspolitische Projektförderung durch das BMI (Fotos: BdV Archiv)*

zeitgeschichtliche Probleme gemeinsam aufzuarbeiten und dabei Vorurteile kontinuierlich abzubauen und den freundschaftlichen Dialog mit den Nachbarländern weiter zu stärken. Dabei wolle das BMI in dieser Projektförderung zukünftig die Vielfalt der Kontakte in die Heimat- und Herkunftsgebiete noch sichtbarer machen.

Unter den anwesenden Verbandsvertretern fand diese Zielrichtung Zuspruch. Auch die umfangreichen Hinweise zur geltenden Förderrichtlinie des Ministeriums wurden mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig zeigten sich in der kurzen Darstellung einiger Verbandsprojekte und in der Diskussion auch die Vielfalt der bislang – wenn überhaupt – in Anspruch genommenen Finanzierungen und Förderungen sowie die unterschiedliche Situation

in den einzelnen Bundesländern. Hessens BdV-Landesvorsitzender, BdV-Vizepräsident Siegbert Ortmann, etwa berichtete u.a. von Landesmitteln für ein konkret auf die Jugend und den Erinnerungstransfer ausgerichtetes YouTube-Projekt mit Zeitzeugen. Andere Landesverbände wiederum müssen komplett ohne Förderung durch ihre Bundesländer auskommen.

Als BdV-Präsident ermunterte Dr. Fabritius die Verbände, immer auch die Koordinierungsstelle des Bundes der Vertriebenen über ihre verständigungspolitischen Projekte zu informieren und sich dort beraten zu lassen. Diese werde im Laufe des Jahres personell verstärkt ihre Arbeit fortsetzen.

**Marc-P. Halatsch**

### **Förderung von Maßnahmen und Projekten im Dienst der Völkerverständigung**

Seit über 70 Jahren engagiert sich das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) für die Anliegen von Vertriebenen. Es fördert Maßnahmen von Vereinigungen und Einrichtungen der Vertriebenen, die sich aktiv im Dienst der Völkerverständigung einbringen. Die Projekte dienen der Aussöhnung sowie der Vertiefung des friedlichen Miteinanders mit den Ländern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas.



*Gruppenfoto mit (vorne v.l.) Eckhard Pols MdB, Dr. Bernd Fabritius, Johann Thießen (LmDR-Bundesvorsitzender), Roswitha Möller (Vorsitzende Bund der Danziger), PSt Stephan Mayer und Christoph de Vries MdB (Foto: BdV Archiv)*

# Erinnerung an Flucht und Vertreibung hochhalten

## Jahresgespräch mit Vertriebenenverbänden im Hessischen Innenministerium

Zu ihrem Jahresgespräch trafen sich Ende November 2019 Mitglieder des Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen, der BdV-Kreisverbände und der Landsmannschaften (LM) in Hessen mit dem hessischen Innenminister Peter Beuth, Staatssekretär Dr. Stefan Heck und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Einer guten Tradition folgend, hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich vertrauensvoll untereinander auszutauschen.

Innenminister Beuth überbrachte zu Beginn die Grüße von Ministerpräsident Volker Bouffier. Dabei ging er auf die künftig wichtige Aufgabe ein, gemeinsam „die Erinnerung an Flucht und Vertreibung hochzuhalten.“ Es müsse Orte geben, so Innenminister Beuth, an denen Erinnerung stattfinden kann. Es gelte in diesem Zusammenhang, Schulen und Lehrpläne weiterhin und verstärkt mit Leben zu füllen. „Wir wollen Ihre Arbeit an der Erinnerungskultur unterstützen, an Geld darf es hierbei nicht scheitern.“ Wie der Innenminister hervorhob, wurde im Wege des Nachtragshaushalts 2019 die institutionelle Förderung für den Bund der Vertriebenen zuletzt um 57.000 Euro auf 300.000 Euro angehoben. Eine kontinuierliche Strukturförderung zugunsten der Anliegen der Spätaussiedler sei darüber hinaus derzeit in Vorbereitung.

Staatssekretär Dr. Heck berichtete über die fortgeschrittene Neustrukturierung nach der Regierungsneubildung bei der gelungenen Verlegung der Zuständigkeiten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler vom früheren Sozial- in das Innenministerium. Seit Juli 2019 ist der Bereich Heimatvertriebene und Spätaussiedler durch Kabinettsbeschluss dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zugeordnet.

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf lobte die gute Zusammenarbeit ihrer Stabsstelle für Heimatvertriebene und Spätaussiedler mit dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften. Sie sehe trotz kontinuierlichem Rückgang der Erlebnissgeneration positiv in die Zukunft. Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG, § 96) sei dabei ein Garant für die Bewahrung von Kultur und Geschichte der Deutschen aus den Vertreibungsgebieten Ost- und Südosteuropas.

Siegbert Ortmann als BdV-Landesvorsitzender dankte der hessischen Landesre-



*Jahresgespräch mit Vertretern der Verbände und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im Hessischen Innenministerium.*

gierung für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der hessischen Vertriebenenverbände. Er versicherte, dass sich der BdV-Landesverband Hessen auch künftig für seine originären Aufgaben mit großem Engagement und Zielstrebigkeit einsetzen werde. Vertreter aus den einzelnen BdV- und LM-Organisationseinheiten hatten während einer nachfolgenden Diskussionsrunde Gelegenheit, aus ihrer Arbeit und verschiedenen Projekten anschaulich zu berichten, aber auch mit Vorschlägen und Bitten an die hessische Landesregierung heranzutreten. Dabei wurden unter anderem zahlreiche Themenbereiche angesprochen:



*Der Hessische Innenminister Peter Beuth begrüßte gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Stefan Heck und der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf Vertreter der Verbände und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zum Jahresgespräch und offenen Gedankenaustausch im Innenministerium. (Fotos: HMDIS)*



*Jahresgespräch: (v.l.) Referentin Yvonne Kremer, BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Staatssekretär Stefan Heck und Innenminister Peter Beuth*



*Jahresgespräch: (v.l.) BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, BdV-Jugendreferentin Alexandra Dornhof und Innenminister Peter Beuth*

- Kulturarbeit:  
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen,
- Projekte der Verständigung und Versöhnung mit ehemaligen Vertreibersstaaten,
- Thema „Flucht, Vertreibung und Deportation“ in den Schulen und Hochschulen,

- Öffentlichkeitsarbeit der Vertriebenenverbände im Zeichen des digitalen Wandels,
- Erhaltung von Ehrenmalen und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen,
- Bemühungen zur Erhaltung von Ostdeutschen Heimattuben,
- Einsatz für deutsche Minderheiten in

den ehemaligen Vertreibungsgebieten vor Ort,

- Auf- und Ausbau verbandsinterner Jugendarbeit,
- Aufgaben und Ziele des Deutsch-Europäischen Bildungswerkes in Hessen e.V.,
- Möglichkeiten der Fortbildung von Nachwuchs-Lehrkräften in Sachen Flucht und Vertreibung. ■

## Netzwerk für Europa

### Multiplikatorentreffen mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk

Mehr als 100 Teilnehmer von Vereinen, Unternehmen und Initiativen aus Hessen waren zum 2. Multiplikatorentreffen Anfang Februar in die Staatskanzlei nach Wiesbaden gekommen. Dabei war auch das Deutsch-Europäische Bildungswerk in Hessen e.V. (DEBW), eine Gründung des Bundes der Vertriebenen (BdV), Landesverband Hessen, vertreten durch den stellvertretenden DEBW-Vorsitzenden und Vorsitzenden des hessischen BdV Siegbert Ortmann, und DEBW-Geschäftsführerin Agnes Maria Brüggling-Lazar.

Zusammen mit dem deutschen Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments blickten die Teilnehmer auf die Aktionen zur Europawahl zurück. Zudem wurden künftige Projekte der Partner des Europeanetzwerks präsentiert. Es stellten sich unter anderem das Europäische Informa-

tionszentrum Darmstadt, die Europäische Zentralbank und der BUND Landesverband Hessen e.V. vor. Im Anschluss bestand die Möglichkeit, sich auszutauschen. Dabei bestand für die Vertreter des DEBW auch die Gelegenheit, mit Ewa Redemann (Kreis Bergstraße) über die innereuropäischen Beziehungen im Kreis Bergstraße zu sprechen. Frau Redemann ist seit Jahren bei den Seminarfahrten des DEBW engagiert dabei und bereichert durch ihr interkulturelles Know-how.

Das Deutsch-Europäische Bildungswerk hat dem Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, sein Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit bekundet und sich bereit erklärt, beim nächsten Multiplikatorentreffen seine derzeitigen Projekte in Ost- und Südosteuropa vorzustellen.



*(V.r.) Agnes Brüggling-Lazar, Ewa Redemann, Staatssekretär Mark Weinmeister und Siegbert Ortmann (Foto: hr – Miriam Bender)*

Das Multiplikatorentreffen wurde seitens der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich und des Europastaatssekretärs Mark Weinmeister 2019 ins Leben gerufen, um durch verschiedene Aktionen auf die damalige Europawahl hessenweit aufmerksam zu machen. Aufgrund der positiven Resonanz wurde eine Fortsetzung und Etablierung des Multiplikatorentreffens beschlossen, um den Austausch untereinander zu fördern und somit Synergieeffekte zu schaffen. Gemeinsames Ziel ist es, die Bedeutung und den Wert von Europa in ganz Hessen sichtbar zu machen. ■

# Heimattstuben und Heimatsammlungen in Hessen

## Zukunftssicherung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete

Wie gelingt eine notwendig werdende Zukunftssicherung von ostdeutschen Heimattstuben und Heimatsammlungen in Hessen nach der Zeit, wenn diese über Jahrzehnte von Heimattstubenbetreuern ehrenamtlichen Leistungen nicht mehr erbracht werden können? Aufgrund der demographischen Entwicklung der Erlebnissgeneration wird es nur in wenigen Fällen möglich sein, die Sammlungen längerfristig in ihrer bisherigen Trägerschaft zu erhalten. Deshalb hatte der BdV-Landesverband Hessen zu einer Tagung über Möglichkeiten einer künftigen Sicherung dieser Einrichtungen für die Bewahrung von Brauchtum und Kultur der deutschen Vertriebenen in das Wiesbadener Haus der Heimat eingeladen.

Innerhalb der verschiedenen Sammlungen nahmen die ostdeutschen Heimattstuben – neben

den großen ostdeutschen Landesmuseen – eine Sonderstellung ein. In den ersten Nachkriegsjahren, oft im Rahmen von Patenschaften entstanden, waren sie zur damaligen Zeit überwiegend Begegnungs- und Erinnerungsstätten der Heimatvertriebenen an ihre verlorene Heimat. Erst später wurden diese „Heimattmuseen“ der deutschen Vertriebenen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Referentinnen aus verschiedenen Einrichtungen – Stadtmuseumsleiterin, Kulturwissenschaftlerin, Museumsberaterin, Angehörige der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – berichteten im Beisein der BdV-Kulturreferentin Rose-Lore Scholz, des BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, von ihren Erfahrungen auf diesem Gebiet, sprachen über Möglichkeiten des Erhalts bisheriger Sammlungen und gaben diese Erfahrungen an die aus ganz Hessen angereisten Teilnehmer weiter.

Dabei kristallisierten sich im Wesentlichen drei gangbare Möglichkeiten heraus: Überführung in vorhandene Einrichtungen der Kommunen, Abgabe in bereits bestehende überörtliche Museen der Heimatvertriebenen oder Vermittlung in museale Einrichtungen in den früheren Heimatgebieten.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Rasch-

dorf in der Vergangenheit verbundenen Menschen gedient. „Die Objekte in den Sammlungen haben für ihre Besitzer und die Betreiber der Heimattstuben einen hohen emotionalen Wert, sind persönliche Erinnerungsstücke oder Symbole für die verlorene Heimat. Doch in den wenigsten Fällen sind sie didaktisch gut präsentiert, ihr Hintergrund verständlich aufbereitet oder für Nicht-Ein-

geweihte ausreichend beschrieben.“ Die Fachtagung des BdV-Landesverbandes Hessen soll dafür weitere wertvolle Anregungen und Hinweise zur Inventarisierung, zur Digitalisierung und auch zum Thema „virtuelle Heimattstuben“ geben.

Nach Meinung der Landesbeauftragten sollten bei einer drohenden Auflösung einer Heimattstube die Übernahme der Sammlung durch die Kommune und

Integration in das örtliche Stadt- oder Regionalmuseum oder eine andere kommunale Kultureinrichtung erste Priorität haben. Auf diese Weise konnten bereits mehrere Heimattstuben in die Obhut hessischer Kommunen gegeben werden. Als beispielgebendes Pilotprojekt sei hierbei Fulda zu nennen. Die Zukunft der gefährdeten wertvollen Dokumente aus der Sammlung des aufgelösten Heimatkreises Leitmeritz sei dort dauerhaft gesichert. ■



(V.l.) Dr. Bettina von Andrian, freiberufliche Kulturwissenschaftlerin, Agnes Maria Brüggling-Lazar, Kulturreferentin des BdV-Landesverbandes Hessen, Heike Heinzel, Museumsberaterin beim Hessischen Museumsverband, Rose-Lore Scholz, Kulturreferentin des BdV-Landesverbandes Hessen, Dr. Regina Löneke, Museumsberaterin vom Hessischen Museumsverband, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Barbara Kämpfert, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und Jolanta Lemm, Geschäftsführerin des BdV-Landesverbandes Hessen

dorf wies in ihren Ausführungen darauf hin, dass Heimattstuben und Heimatsammlungen einen sehr wichtigen Zweck erfüllen. „Durch den Erhalt und die Dokumentation der von den Heimatvertriebenen mitgebrachten Gegenständen und Traditionen leisten sie einen wesentlichen Beitrag gemäß BVFG § 96, in dem Bund und Länder verpflichtet sind, das Kulturgut der deutschen Vertreibungsgebiete zu erhalten und zu pflegen.“ Daher müsse gewährleistet werden, dass das wertvolle

Kulturgut den Heimatgemeinschaften und darüber hinaus der gesamten Kulturgemeinschaft bewahrt und auch zugänglich bleibe. Die Heimattstuben seien ursprünglich nicht als Museen für Nicht-Vertriebene entstanden, sondern hätten seit jeher als gesellschaftliche Treffpunkte der mit der jeweiligen „Hei-



Tagungsteilnehmer im Wiesbadener Haus der Heimat (Fotos: BdV Hessen)

# Kommunikation zwischen Verbänden und Politik

## BdV-Landesverband Hessen von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag empfangen

Nach Meinung des hessischen BdV-Landesvorstandes ist eine enge Kommunikation zwischen Verbänden und Politik förderlich und daher auch erforderlich. Eine gute Atmosphäre herrschte beim diesjährigen Jahresgespräch, zu dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Mitglieder des geschäftsführenden hessischen Landesvorstandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den Hessischen Landtag eingeladen hatte.

Fraktionsvorsitzender Mathias Wagner und seine Landtagskollegin Katrin Schleenbecker, die auch Mitglied im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) ist, begrüßten den hessischen BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann mit seinen Vorstandskollegen sowie die BdV-Landesgeschäftsführerin Jolanta Lemm sogleich mit der Anmerkung,

dass diese regelmäßigen Treffen für beide Seiten durchaus förderlich seien, weil sich nur mit einer engen Kommunikation zwischen Verbänden und Politik aktuelle Fragestellungen bearbeiten ließen.

Darauf ging auch der BdV-Landesvorsitzende Ortmann in seinen Ausführungen ein. Er bedankte sich für die von der schwarz-grünen Koalition im Hessischen Landtag im kürzlich verabschiedeten Landesgesetz angehobene Landesförderung für den Bund der Vertriebenen und versprach



(V.l.) Reinhard Schwarz, MdL Katrin Schleenbecker, MdL Mathias Wagner, Siegbert Ortmann, Rose-Lore Scholz, Hagen Novotny und Wilhelm Beer (Foto: BdV Hessen)

deren effektive und zweckgebundene Einsetzung für die Vertriebenen und Spätaussiedler. Dafür stünden in der Landesgeschäftsstelle im Haus der Heimat in Wiesbaden auch hinreichend qualifizierte Mitarbeiter mit modernen Arbeitsplätzen zur Verfügung. Mit dieser hauptamtlichen Mannschaft seien nunmehr die ehrenamtlichen BdV-Landesvorstandsmitglieder bestens gerüstet, die satzungsgemäßen Verbandsstrukturen der heutigen Zeit anzupassen und für die Zukunft nachhaltig auszubauen und damit langfristig zu sichern. Hierzu gaben die Vorstandsmitglieder Rose-Lore Scholz im Bereich Kultur, Wilhelm Beer für den Personalbereich und Hagen Novotny zu den Finanzen den beiden Landespolitikern detaillierte Erläuterungen. Darüber hinaus sprach die Gesprächsrunde die anstehende Umsetzung der vertriebenenspezifischen Abschnitte in der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung an, insbesondere die zeitnahe Einrichtung eines Lehrstuhles über die Vertriebenengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg an einer hessischen Universität. Ergänzend stellte Siegbert Ortmann das aktuelle Seminarprogramm für verständigungspolitische Reisen mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk in Hessen e.V. in die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa vor und warb um gelegentliche Teilnahme.

Mathias Wagner und Katrin Schleenbecker zeigten sich an den Verbandsaktivitäten interessiert und dankten für das offene Gespräch. Auf beiden Seiten war man sich einig, jährlich solche Begegnungen mit vertriebenenspezifischen Themen fortzusetzen. ■

## Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

### Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Die Themen Flucht und Vertreibung sind für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung – das haben nicht nur die gerade vergangenen Jahre, sondern auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts gezeigt. Viele Menschen in unserem Land haben durch Flucht und Vertreibung Leid erfahren oder sind als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler besonderen Belastungen ausgesetzt. Sie selbst und häufig auch ihre Nachkommen sind noch heute von diesen Erlebnissen geprägt.

Wir wollen ihren Bedürfnissen in besonderer Weise Rechnung tragen und ihnen die Möglichkeit geben, den Austausch über ihre kulturelle Identität zu pflegen, sich ihrer Geschichte zu erinnern und unsere Gesellschaft gleichzeitig als ihre Heimat zu empfinden. Neben Verständigung und Versöhnung wollen wir gerade jungen Menschen Perspektiven eröffnen.

Wir werden unsere Maßnahmen zur Integration von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern deshalb fortsetzen und neben den Projektförderungen eine kontinuierliche Strukturförderung vornehmen.

Wir werden auch in Zukunft die Strukturen einer/eines Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie den Hessischen Preis für „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ erhalten.

Weil die Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Vertreibung, ihren Folgen und dem damit verbundenen kulturellen Erbe von nicht nachlassender Relevanz ist, wollen wir ihr in den Schulfächern Deutsch, Geschichte, Ethik und Politikwissenschaften Raum geben und einen besonderen Platz einräumen. Damit und auch darüber hinaus wollen wir dazu beitragen, Vorurteile durch Information abzubauen. Wir werden Präventions- und Aufklärungsprogramme zielgruppenspezifisch weiterentwickeln und diese stärker berücksichtigen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Verbesserung der Rentenregelung für spätausgesiedelte Deutsche einsetzen.

# Beitrag zu friedlichem Miteinander in Europa

## Mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk nach Nordserbien und Südungarn

Von der Anzahl der heute dort lebenden Bevölkerung her spielt der Anteil der offiziell anerkannten deutschen Minderheit mit 0,169 Prozent in der autonomen Provinz „Vojvodina“ der Republik Serbien eigentlich eine recht untergeordnete Rolle. Und dennoch haben die seit dem 17. Jahrhundert von Ulm und anderswo entlang der Donau eingewanderten deutschen Siedler, auch als Donauschwaben bekannt, bis in die heutige Zeit hinein deutliche Spuren hinterlassen, die durchaus hoffen lassen, dass die deutsche Sprache, die deutsche Kultur und Tradition in diesem europäischen Landstrich trotz schwieriger Finanzsituation auch weiterhin nachhaltig erhalten bleiben.

Diesen Eindruck hatten zumindest die rund 30 Teilnehmer aus der Bundesrepublik nach einem informativen und abwechslungsreichen Seminarprogramm aus der Reihe „Begegnung und Verständigung“ bei einer Reise, die sie kürzlich in den Norden von Serbien und den Süden von Ungarn führte. Veranstaltet wurde dieser Auslandsbesuch vom Deutsch-Europäischen Bildungswerk in Hessen e.V., das solche, vom Bundesministerium des Inneren geförderten verständigungspolitischen Seminarreisen seit Jahrzehnten in die ehemals deutschen Siedlungsgebiete von Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit großem Erfolg unternimmt. Deshalb wies Seminarleiter Siegbert Ortmann, der auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Hessen ist, gleich zu Beginn darauf hin, dass diese Veranstaltung nicht nur bei Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern das Interesse an den geschicht-

lichen Hintergründen der aufgesuchten Regionen wecken und bei den vielfältigen Begegnungen mit den deutschen Minderheiten, aber auch der heutigen Mehrheitsbevölkerung vor Ort, verständlich machen sollten. So könnten bei der EU-Perspektive Serbiens die zahlreichen menschlichen Begegnungen während dieser Veranstaltungstage vielleicht auch ein kleiner Beitrag zu einem friedlichen Miteinander unter den Völkern Europas gewesen sein.

Das rund einwöchige umfangreiche Seminarprogramm unter dem Thema „Vielfölkerregion an der Donau und die Deutschen: gemeinsame geschichtliche Erfahrung als Grundlage für die Verständigung und Erneuerung“ begann mit einer Führung durch das Stadtmuseum Novi Sad/Neusatz in der Festung Peterwardein, die an die letzte große Schlacht 1683 mit Prinz Eugen gegen die Türken erinnert und auch bedeutendste Sehenswürdigkeit der Stadt ist. Die Historikerin und zugleich Museumsleiterin Dr. Agnes Ozer referierte an diesem historischen Ort sehr detailliert und verständlich über das Multi-Kulti-Zusammenleben in der autonomen Provinz Vojvodina. Es folgten eine sachkundige Führung durch die Metropole Novi Sad und danach eine sehr interessante Infoveranstaltung nebst Fernsehinterview mit Vertretern des öffentlich-rechtlichen Radios-Televizija Vojvodine unter Leitung der deutschsprachigen Journalistin Hajnalka Buda.

In Erinnerung an die Internierung und den Tod Tausender Donauschwaben am Ende des



*Gedenkstätte für die 7.000 Toten des Internierungslagers in Jarek (Bački Jarak), errichtet am 6. Mai 2017 vom Bundesverband der Landsmannschaft der Donauschwaben. (Foto: Roland1950, 2017, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)*

Zweiten Weltkriegs wurde die erst 2017 eingeweihte Gedenkstätte in Jarek aufgesucht und ein mitgebrachter Kranz aus Blumen davor niedergelegt. Die Teilnehmer besuchten auch die Stadt Karlowitz, bekannt durch den 1699 abgeschlossenen „Friedensvertrag von Karlowitz“, mit Stippvisiten bei der dortigen Schule sowie der Stiftung Heimathaus mit dem Donauschwäbischen Museum unter Leitung von Stjepan A. Seder. Weiter gab es Ausflüge zum sehenswerten Deutschen Kirchenmuseum in Apatin mit seinem engagierten Gründer Boris Masic und



*Festung Peterwardein (Petrovaradin) in Novi Sad, Serbien, Blick von Novi Sad über die Donau (Foto: Wolfgang Hunscher, Dortmund, 2005, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)*



*Seminarteilnehmer auf der Festung Peterwardein in Novi Sad*

zum Deutschen Verein „St. Gerhard“ nach Sombor. Hier vermittelte deren Geschäftsführerin Gabrijela Bogisic den Zuhörern sehr anschaulich die aktuelle Lage und Zukunft der deutschen Minderheit in Serbien. Dabei wurde deutlich, dass die kleine deutsche Minderheit mit 3.272 Personen in der Provinz Vojvodina insgesamt 14 Kulturvereine betreibt und der Verein St. Gerhardt in Sombor mit über 750 Mitgliedern die treibende Kraft für den Erhalt dieser deutschen Minderheit ist.

Die beiden letzten Tage waren der deutschen Minderheit im EU-Nachbarland Ungarn vorbehalten. Es wurde zunächst das renommierte Ungarndeutsche Bildungszentrum in Baja mit rund 1.000 Schülern besucht. Dort gab dann die deutsche Direktorin Dörte Christensen sehr interessante Einblicke über das derzeitige deutsche Bildungswesen in Ungarn. Auf dem Schulgelände wurde üb-

rigens kürzlich zu Unterrichtszwecken eine originalgetreu nachgebaute „Ulmer Schachtel“ aufgestellt, die an die Ansiedlung der Donauschwaben per Schiff im 18. Jahrhundert erinnern soll.

Es folgte der Besuch der ungarischen Stadt Szeged mit einem geführten Gang durch das dortige Rathaus und anschließendem Treffen im „Haus der Minderheiten“ mit Vertretern der Deutschen Selbstverwaltung in Szeged und im Komitat Csongrad. Ihre beiden Vorsitzenden, Alexandra Korom und Sabine Balogh, referierten sehr verständlich über Gegenwart und Zukunft der deutschen Minderheit in dieser Stadt, die auch das „südöstliche Tor Europas“ genannt wird.

Die abwechslungsreichen Seminartage vermittelten übereinstimmend einen anschaulichen Einblick in die Vielvölkerregion an der Donau. Abwechselnd wurden die Teil-

nehmer nach den einzelnen Vorträgen auch als Moderatoren und Referenten mit eingebunden und so glich das Seminar teilweise einem Workshop für Völkerverständigung. Etwas nachdenklich gestalteten sich allerdings die notwendigen Busfahrten vom Hotelquartier in Subotica (Serbien) zu den Besuchen nach Ungarn und zurück. Vor allem die Kontrolle bei der Ausreise aus dem EU-Land Ungarn mit angeordneter reihenweiser Personenaufstellung vor dem Bus und anschließender persönlicher Auswärtigung der Ausweise erinnerte mitunter an die Zeiten des längst überwundenen „Kalten Krieges“ in Europa mit den damals üblichen schikanösen Grenzkontrollen beim Überqueren des „eisernen Vorhangs.“

Am Ende wurde die sorgfältige Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung dieser Seminarreise von allen Teilnehmern lobend hervorgehoben und der Dank dafür gebührte dem Geschäftsführer des Deutsch-Europäischen Bildungswerk Hessen e.V., Hubert Leja (Wiesbaden), und dem Leiter dieser verständigungspolitischen Veranstaltung, dem stellvertretenden Vorsitzenden Siegbert Ortmann (Lauterbach).

**Siegbert Ortmann**



*Seminarteilnehmer in dem im Jugendstil errichteten Rathaus im Stadtzentrum von Szeged/ Ungarn (Fotos: Michael Gediga)*

#### **Deutsch-Europäisches Bildungswerk in Hessen e. V.**

Friedrichstraße 35  
65185 Wiesbaden

Telefon 0611 36019-18  
E-Mail [info@debwh.de](mailto:info@debwh.de)  
Web [www.debwh.de](http://www.debwh.de)

# Internationale Kulturtagung der Deutsch-Balten

## Konflikte im Baltikum – Analysen und Perspektiven

Unter dem Titel „Wo das blaue Feuer brennt – Baltische Tragödien und Konflikte“ hatte die Deutsch-Baltische Gesellschaft Referenten nach Darmstadt zu den Internationalen Kulturtagen Mare Balticum eingeladen, deren Vorträge lebhaft Diskussionen auslösten.

Besonders nachdenklich machte in Sachen aktueller Konflikt zwischen der NATO und Russland Oberst Edgars Einiks von der lettischen Botschaft in Berlin und Oberleutnant Martin Kukk von der estnischen. Sie waren sich sicher, dass diese von ihnen als Hybridkrieg bezeichnete Auseinandersetzung im vollen Gange ist und nur zeitweise, wie bei den Kämpfen in der Ostukraine, für jedermann sichtbar war. Die Grenze zwischen Krieg und Frieden werde vertuscht. Belege: Russland habe Soldaten ohne Hoheitsabzeichen auf der Krim eingesetzt, es arbeite mit Sabotage und Desinformation, verübe Cyberattacken gegen andere Staaten und unterstütze populistische Parteien in Deutschland, wie die AfD, und in Österreich.

Russlands Präsident Wladimir Putin habe schon Jahre zuvor öffentlich erklärt, dass Russland einen Gegenpol zum Westen bilden werde und zwischen den Zeilen das Gebiet des früheren zaristischen Reiches beansprucht. Im Baltikum stünden den je etwa 10.000 Soldaten in Lettland, Estland und Litauen rund 200.000 im Westen Russlands gegenüber. Daher sei das Baltikum auf die Wirkung der Abschreckung im NATO-Bündnis angewiesen.

Die baltischen Völker waren schon vor 700 Jahren bereit, sich zu wehren, legte Anda Godlinska, die an der Universität Oldenburg Osteuropäische Geschichte studiert, dar. Diese zeigten die vielen Aufstände nach

der Eroberung durch den Deutschen Orden. Vielfach werde aber heute im Baltikum die These vertreten, hätte damals der Orden nicht Livland erobert, hätten sich die baltischen Völker gegenseitig umgebracht oder wären heute Russen.

Als göttliche Passion, die man durchleiden müsse, hätten viele Deutschbalten den roten Terror vom Januar bis Mai 1919 in der lettischen Hauptstadt empfunden, so die Berliner Historikerin Anita Kugler. Sie stütze sich auf die Aufzeichnungen der Angelika Baronesse von Korff. In der heutigen lettischen Geschichtsschreibung sei dieses halbe Jahr nur eine Randerscheinung. Die Adelige beschreibt unter anderem, dass Lebensmittel zu einem großen Teil nach Russland transportiert wurden. Der Rest wurde an die hungernde Bevölkerung verteilt, aber Pastoren zum Beispiel bekamen nichts. Knapp 9.000 Menschen verhungerten damals in der Stadt.

In ihrem Film „Kinder unter Deck“ schildert die in Wien lebende Bettina Henkel eine Reise mit ihrem Vater nach Lettland und die regelmäßige Konfrontation mit alten Dokumenten über die Vergangenheit der Familie, über die man vor den Kindern nie eindeutig sprach, sich aber heftig stritt. Der Vater, von Beruf Psychoanalytiker, bekommt auf dieser Reise seelischen Zugang zu seiner nur als absolutistisch erlebten Mutter, die im Baltikum selbst eine nicht glückliche Kindheit erlebt hatte.

Mit dem gleichen Thema befasst sich Lutz Dettmann in seinem Roman „Und über uns der weite Himmel“. 1946 wird die junge Estin Anu vom NKWD verhaftet, ihr deutsch-baltischer Freund kann nach Schweden ent-



Oberleutnant Martin Kukk



Bettina Henkel

kommen, während die junge Frau verurteilt und in den Gulag verbannt wird. 60 Jahre später will die Tochter endlich Aufklärung über den Lebensweg ihrer Eltern. Allmählich beginnt die Mutter zu erzählen, von ihren Hoffnungen, der großen Liebe, den Grausamkeiten im Gulag, aber auch der Solidarität dort und ihrer Karriere als Märchenerzählerin in Workuta.

Michael Anger

## Tag der Selbstbestimmung in Fulda

Beim März-Gedenken der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Fulda mit Kranzniederlegung in den Fuldaer Frauenberganlagen am Gedenkstein der Heimatvertriebenen sprach Alois Hoffmann von der Ackermannsgemeinde zu den Teilnehmern. Zu den Ehrengästen gehörte auch die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf. Die Instrumentalgruppe „Fulda-Brass“ begleitete die Veranstaltung musikalisch.

*Kranzniederlegung: (v.l.) Eduard Hannig (stv. SL-Obmann), Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Rudolf Bauer (SL-Kreisobmann), Markus Harzer (SL-Landesobmann) und Alois Hoffmann (Ackermannsgemeinde)*



# Erinnerungsorte der Deutschen aus Russland

## Studienreise von Jugendlichen an die Wolga

„Wer bin ich? Wo komme ich her? Wo ist mein Platz in der Gesellschaft?“ Diese Fragen wurden bei einer sehr spannenden Tagung der DJR-Hessen e.V. zum Thema „Herkunft, Identität, Heimat“ der Deutschen aus Russland, der größten Zuwanderungsgruppe in Hessen, im Olof-Palme-Haus in Hanau rege diskutiert. Anlass dazu bot eine Studienreise von einheimischen und russlanddeutschen Jugendlichen in die ehemaligen Siedlungsgebiete der Deutschen an die Wolga, die vor 250 Jahren dem Ruf der Zarin Katharina der Großen gefolgt waren. Im Rahmen der Fachtagung stellten die Jugendlichen ihre Eindrücke von der Studienreise in Form einer Bildpräsentation vor – mit vielen Fotos und einem tollen, selbst gedrehten Film.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf begrüßte in ihrer Rede das Projekt „Wolga-Trilogie“, das im Herbst 2018 mit der Ausstellung „Das deutsche Wolgagebiet“ in Hanau begann, sich mit der gemeinsamen Recherche junger Russlanddeutscher mit Schülern der Karl-Rehbein-Schule (Hanau) in Büdingen fortsetzte – dem Anwerbe-Ort und Sammelplatz der deutschen Auswanderer – und mit der gemeinsamen Studienreise an die Wolga ihren Höhepunkt fand. „Mit Freude habe ich diese Studienreise der jungen Leute an die Wolga unterstützt, welche aus Integrationsmitteln für Spätaussiedler gefördert wurde. Ministerpräsident Volker



*Bildmitte: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; rechts daneben: Albina Nazarenus-Vetter, Geschäftsführung/Trägerleitung DJR-Hessen e.V.; Markus Harzer, SL-Landesvorsitzender und Geschichtslehrer des Leistungskurses der Karl-Rehbein-Schule; Svetlana Wagner, 1. Vorsitzende DJR-Hessen e.V.; Alexandra Dornhof, DJR-Bildungsreferentin. Links neben Margarete Ziegler-Raschdorf: Natalie Paschenko, LMDR-Geschäftsführerin und Svetlana Paschenko. (Fotos: LBHS)*

Bouffier gilt unser Dank für seine persönliche Unterstützung des Projekts. Ich danke Bildungsreferentin Alexandra Dornhof für die Organisation der Reise auf den Spuren der Vorfahren sowie DJR-Geschäftsführerin Albina Nazarenus-Vetter für ihre Redebeiträge.“

Edwin Warkentin, Bundeskulturreferent für Russlanddeutsche referierte über die „Wichtigkeit der identitätsstiftenden Bildungsarbeit“. Der beeindruckende Tag endete mit einer lebhaften Podiumsdiskussion zu Fragestellungen wie HEIMAT, IDENTITÄT, ERINNERUNG.



*Talkrunde mit Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (4.v.l.); Albina Nazarenus Vetter, Geschäftsführung/Trägerleitung DJR-Hessen e.V. (links im Bild); Markus Rückert (2.v.l.); Konstantin Freund, Nachkomme von Wolgadeutschen (3.v.r.) sowie Nastassja Becker und David Vincent Mori von der Karl-Rehbein-Schule (re.). Moderation: Alexandra Dornhof, DJR-Bildungsreferentin (3.v.l.).*

Bei der Fachtagung wurden beide unterstützt von Markus Harzer, SL-Landesvorsitzender und Geschichtslehrer des Leistungskurses der Karl-Rehbein-Schule, den Schülern Nastassja Becker und David Vincent Mori mit der historischen Einführung in das Thema „Russlanddeutsche und ihre Geschichte“ sowie den Schülern des Leistungskurses Geschichte, Hendrik Frielingsdorf und Luca Hebel, mit der Vorführung ihres selbstgedrehten Films „Auf den Spuren der Wolgadeut-

Ziegler-Raschdorf ging in ihren Ausführungen auf die enge Verbindung des Landes Hessen zu den Wolgadeutschen ein. Aufgrund der besonderen historischen Beziehung habe Hessen im Jahr 1985 eine Patenschaft über die Wolgadeutschen begründet. Viele der Auswanderer vor 250 Jahren stammten ursprünglich aus Hessen. So habe es in Büdingen ein Anwerbebüro und einen Sammelplatz für Auswanderungswillige gegeben. „Das Interesse der Jugendlichen an der Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland beeindruckt mich sehr. Ich freue mich auf weitere Ideen und gemeinsame Projekte zu diesem Thema und versichere Ihnen meine persönliche Verbundenheit und die der Hessischen Landesregierung. Gerne war ich Schirmherrin dieser Fachtagung“, so die Landesbeauftragte abschließend. ■

# Landesbeauftragte erhält Ehrennadel in Gold

## Dank für Patenschaftsübernahme durch das Land Hessen

Zu einem Arbeitsgespräch im Haus der Heimat kamen in Wiesbaden Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit Vertretern des Bundesvorstands der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) unter Leitung des Bundesvorsitzenden Dr. Martin Sprungala zusammen. Dabei standen aktuelle Themen und die Veranstaltungsplanung 2020/21 im Vordergrund.

„Die Kontaktpflege zu dieser und unseren weiteren Patenschafts-Landsmannschaften ist mir besonders wichtig“, betonte Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, die die hervorragende und engagierte Arbeit der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) lobte und als vorbildlich bezeichnete.

Zu ihrer großen Überraschung und Freude wurde ihr vom Bundesvorsitzenden Dr. Martin Sprungala die goldene Ehrennadel des Bundesverbandes der LWW verliehen. „Ich freue mich über das in den Jahrzehnten gewachsene Vertrauen und bedanke mich sehr

herzlich für diese Auszeichnung und für unsere verlässliche Zusammenarbeit.“

Seit ihrer Gründung im Jahr 1949 vertritt die LWW die Interessen Deutscher aus dem Posener Land, aus dem Lodzer Industriegebiet, dem ehemaligen Weichselland, dem Gebiet zwischen Weichsel und Warthe, aus Galizien und aus Wolhynien – sie alle haben in der Landsmannschaft eine politische Heimat gefunden. Die wechselvolle Geschichte der mehrfach vertriebenen Menschen aus diesen Herkunftsgebieten macht die LWW zu etwas Besonderem. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Besiedlung des historischen Wolhynien (heute nordwestliche Ukraine) durch Deutsche zu nennen: Ihre Zahl wird für das Schicksalsjahr 1915 auf rund 200.000 geschätzt.

Das Land Hessen hat im Jahr 1990 die Patenschaft über die LWW übernommen, um deren Arbeit zu unterstützen, das kulturelle Erbe der Deutschen aus Wolhynien und



*Landesbeauftragte erhält Ehrennadel in Gold: (v.l.) Walter Manz, Schatzmeister der LWW, Dr. Lothar Jakobi, Stv. Bundessprecher der LWW, Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Dr. Martin Sprungala, Bundesvorsitzender der LWW, Hans-Werner Carlhoff, Landesvorsitzender der LWW Baden-Württemberg.*

dem Warthegau zu wahren und die Bemühungen der Landsmannschaft – eine Brücke zwischen dem deutschen und polnischen Volk zu sein – zu fördern. Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe erhält vonseiten der Landesregierung jährlich eine institutionelle Förderung. ■

# Monatstreffen des BdV-Kreisverbandes Odenwald



*Ehepaar Michael und Eva Richter mit dem (li.) BdV-Kreisvorsitzenden Helmut Seidel (Foto: privat)*

Bewegend waren die Schilderungen des Lebensweges vom russlanddeutschen Ehepaar Michael und Eva Richter, das nun seit dreißig Jahren in Erbach im Odenwald beheimatet ist. Ihre Odyssee schilderten beide beim Januar-Monatstreffen des Bundes der Vertriebenen, Kreisverband Odenwald. Geboren und als Kinder aufgewachsen, waren beide in dem kleinen deutschen Siedlungsort Straßburg in der Ukraine nahe Odessa an der Schwarzmeerküste. Als 1943 die Fronten näherkamen, erhielten alle Bewohner des Ortes vom deutschen Militär

## Russlanddeutsche berichten von ihrem Schicksal

den Befehl zur Heimatrückführung. Einen Monat lang ging es im Pferdetross die mehr als 2.000 km lange Strecke entlang des Djestrs über Lemberg, Krakau, in die Nähe von Breslau, wo sie bei schlesischen Bauern unterkamen.

Doch als 1944 die Russen auch Schlesien einnahmen, wurden die Rückgeführten als mögliche Kollaborateure nach Sibirien verschleppt. Diesmal ging es im Viehwaggon, notdürftig mit etwas Stroh ausgelegt, erneut wochenlang über Warschau, Minsk und Moskau über 3.000 km bis auf die östliche, sibirische Seite des Urals nahe Swerdlowsk, heute Jekaterinburg. Fast noch einmal so weit verfrachtet wurden sie später in die Nähe von Duschambe, der Hauptstadt des an China grenzenden Tadschikistan. Hier konnten sie aber mit der Zeit ein Grundstück erwerben und sich in Nachbarschaftshilfe ein Haus bauen. Mit der Wende 1989 ergab sich jedoch die Möglichkeit zur Heimkehr nach Deutschland. Ehepaar Richter ließ

alles hinter sich und ging zurück, diesmal aber mit dem Flugzeug.

Das katholische Paar, das erst unterwegs im Barackenleben zueinander fand, auch wenn sich beide von Kind auf kannten, hielt auch in der kommunistischen Zeit an ihrem Glauben fest. Umso schmerzlicher war es für sie, dass sie bei der bescheidenen Eheschließungsfeier ohne kirchlichen Segen auskommen mussten. Als dann in Erbach ihre Goldene Hochzeit anstand, sagte der Pfarrer: „Jetzt holen wir alles nach.“ Und so wurde der Festgottesdienst zur Feier mit Firmung und Ehesegen im Beisein der Kinder, eines Sohnes und zweier Töchter.

Für den beeindruckenden Erlebnisbericht hatte BdV- und SL-Kreisvorsitzender Helmut Seidel eine Landkarte gestaltet, die vom Odenwald bis an die chinesische Grenze reichte und von Vorstandsmitglied Josef Schott (Oberzent) präsentiert wurde, so dass man die Vertreibungswege gut nachvollziehen konnte. ■

# Tag der Selbstbestimmung im Kreis Groß-Gerau

## Für ein Europa freier Völker und Volksgruppen

Alljährlich treffen sich Anfang März Menschen deutschlandweit, um sich weltweit für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und den Schutz der Minderheiten einzusetzen. Dabei wird auch der Opfer der Sudetendeutschen Volksgruppe im damaligen Sudetenland nach Errichtung der Tschechoslowakei unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges gedacht, die beim friedlichen Einsatz für das Recht auf Selbstbestimmung ihr Leben lassen mussten. Diese Menschen von damals und heute taten und tun dies vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zur Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechtes und eines Schutzes von Minderheiten weltweit.

Was war vor über hundert Jahren im damaligen Sudetenland geschehen? Am 4. März 1919 starben 54 sudetendeutsche Kinder, Frauen

und Männer im Kugelhael tschechischen Militärs. Vorausgegangen waren friedliche Demonstrationen für die Selbstbestimmung, nachdem die tschechoslowakischen Staatsorgane die Teilnahme der sudetendeutschen Bevölkerung an den Parlamentswahlen für die neue Republik Deutsch-Österreich unterbunden hatten.

Die Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg hatte am 18. Januar 1919 in Versailles begonnen und damit auch das Tausziehen um die Friedensverträge. Den Völkern Österreichs hatte Präsident Wilson nach dem Untergang der Monarchie „die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“ versprochen. Daher hatten die Sudetendeutschen keine Bedenken, die Welt mit einer Demonstration auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Der 4. März wurde ausgewählt, weil an diesem Tag in Wien der Reichsrat zusammentrat, die sudetendeutschen Abgeordneten aber an der Reise dorthin gehindert wurden.

Zur landesweiten Kundgebung hatte der Sozialdemokrat Josef Seliger aufgerufen. Dem Aufruf wurde in fast allen größeren Orten gefolgt. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf mehr als eine Million. Geschossen wurde in sieben Städten (Arnaud, Aussig, Eger, Kaaden, Mies, Karlsbad, Sternberg). Die Begräbnisse der Toten wurden zu eindrucksvollen Trauerbekundungen der Bevölkerung.

lich gelobt: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Besonders in Tagen einer wieder spürbaren schleichenden Entwicklung von Nationalstaatserei ist es unendlich wichtig, das bisher geschaffene Haus Europa zu erhalten und

für uns alle weiterzuentwickeln, damit dieses Gebilde ein Hort für Frieden, Stabilität und Freiheit bleiben möge. Es ist bemerkenswert, dass in letzter Zeit besonders die Jugend in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Staaten der Europäischen Union den Wert dieser Völkergemeinschaft in einer für den einzelnen oft Angst einflößenden fortschreitenden Globalisierung erkennen und mit Aktionen für ein vereinigtes Europa werben. Der ehemalige Europa- und

Außenminister Frankreichs, Roland Dumas, fand einmal treffliche Worte, als er sagte: Europa ist die Zukunft, jede andere Politik ist Vergangenheit.“

Die musikalische Gestaltung übernahmen die Erzgebirgische Singgruppe Nauheim-Weiterstadt und die BdV-Musikgruppe Biebesheim/Dornheim. Zuvor feierte man mit Pfarrer Heinrich Bosse ein Hochamt in der Wallfahrtskirche. Während des Gottesdienstes ging Pfarrer Bosse bereits auf den Gedenktag ein: „Wir dürfen dieses Unrecht nicht vergessen, nie vergessen, da doch gerade in unseren Tagen das Recht auf Selbstbestimmung in vielen Ländern mit Füßen getreten wird, Menschen eingesperrt, gefoltert und getötet werden.“ Gemeinsam mit Mitgliedern der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach legten die Teilnehmer am Heimatvertriebenenkreuz, einem alten Friedhofskreuz aus Nordböhmen, in der Nähe der alten Wallfahrtskapelle einen Kranz nieder. ■



*Kranzniederlegung am Vertriebenenkreuz mit einer Fahnenabordnung der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach. (Foto: BdV Groß-Gerau)*

Zu einer Gedenkfeier anlässlich dieses Tags des Selbstbestimmungsrechts hatte der Bund der Vertriebenen und die Sudetendeutsche Landsmannschaft Groß-Gerau für Sonntag, 1. März, eingeladen. In der um 12 Uhr in Maria Einsiedel begonnenen Gedenkstunde in der Pilgerhalle des Wallfahrtsortes Maria Einsiedel hob Helmut Brandl, Mitglied der Leitungsgruppe des BdV-Kreisverbandes und Obmann der Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), in seinen Begrüßungsworten die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker hervor und erinnerte dabei auch an das in diesem Jahr stattfindende 70-jährige Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen mit den Worten: „In der Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950, deren 70-jähriges Jubiläum wir in diesem Jahr in Stuttgart-Bad Cannstadt am 5. August feierlich begehen werden, haben die deutschen Heimatvertriebenen kurz nach ihrer Vertreibung feier-

# Tag der Selbstbestimmung in Lauterbach

## Bedeutungsvoller Tag der sudetendeutschen Geschichte

Der 4. März 1919 ist sehr bedeutungsvoll für die Geschichte der Sudetendeutschen, denn damals demonstrierten in zahlreichen Städten in der nach dem Ersten Weltkrieg neu gegründeten Tschechoslowakei die dort lebenden Sudetendeutschen für ihr eigenes Selbstbestimmungsrecht. Doch gegen diesen friedlichen Protest schritt das tschechoslowakische Militär umgehend mit brutaler Gewalt ein, sodass am Ende 54 Todesopfer, darunter auch 16 Kinder, und zahlreiche Verletzte unter der deutschen Zivilbevölkerung zu beklagen waren.

Zum 101. Jahrestag dieses historischen Ereignisses gedachten am Friedhof in Lauterbach die Mitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei einer Gedenkveranstaltung der Opfer dieser damaligen leid-

vollen Vorgänge in ihrer alten Heimat. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft und BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortman, der in das Thema einführte, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Forderung und der Einsatz nach einem gerechten Selbstbestimmungsrecht der Völker auch heute noch eine immerwährende Aufgabe der Menschheit seien.

Deshalb verfolge der Bund der Vertriebenen auf der Grundlage der vor nunmehr 70 Jahren unterzeichneten Charta der deutschen Heimatvertriebenen auch nachdrücklich den Zweck der Verwirklichung einer gerechten Völker- und Staatenordnung, in dem die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen



*Gedenken der Heimatvertriebenen auf dem Friedhof in Lauterbach mit Siegbert Ortman (2.v.re.). (Foto: G.Tischler)*

gewahrt, Vertreibungen und Völkermord geächtet sowie Diskriminierungen unter den Menschen endgültig verbannt würden. „Die aktuelle weltweite Flüchtlingssituation bietet dazu ein breites Feld dringend notwendiger Maßnahmen in Politik und Gesellschaft“, so Ortman abschließend. ■

# Buchspende für die Stockstädter Gemeindebücherei

## Das Schicksal der Deutschen aus Russland

In den letzten Jahren hat der Ortsverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) Stockstadt (Kreis Groß-Gerau) aufgrund eines Vorstandsbeschlusses der Stockstädter Gemeindebücherei Bücher über die deutschen Vertriebsgebiete gespendet. Damit sollen die Leser auf die Geschichte, die Kultur und das Brauchtum dieser Menschen und Regionen als Bestandteil der deutschen und europäischen Kultur informiert werden.

In diesem Jahr übergaben vor kurzem Vertreter des Stockstädter BdV-Ortsverbandes der Gemeindebücherei im Besein von Bür-

germeister Thomas Raschel, dem Kreisvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Eduard Sprink, und der Leiterin der Gemeindebücherei, Renate Lautenschläger, ein Buch mit dem Titel „Die Geschichte der Russlanddeutschen - Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart“.

BdV-Ortsvorsitzender Helmut Brandl wies dabei auf die künftig wichtige Aufgabe hin, gemeinsam die Erinnerung an Flucht und Vertreibung hochzuhalten. Bei einem kürzlich stattgefundenen gemeinsamen Treffen von Vertretern des BdV-Landesverbandes

neuesten Werk unter dem Titel „Die Geschichte der Russlanddeutschen – Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart“ die Schicksalswege einer deutschen Minderheit in Russland. Dorthin waren seit der Mitte des 18. Jahrhunderts viele Deutsche mit ihren Familien aufgebrochen, die in ihrer Heimat keine Zukunft für sich sahen.

Katharina II. hatte sie durch wirtschaftliche Anreize und Vergünstigungen in das Russische Reich gelockt, um so die Weiten und Ressourcen ihres Landes zu erschließen. So veranlasste sie die Gründung deutscher Kolonien, insbesondere in den Gegenden an der unteren Wolga. Laut einer Volkszählung lebten 1897 bereits rund 1,7 Millionen Deutsche im Russischen Reich, beinahe 20 Jahre lang existierte sogar eine „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“. Während der Sowjetzeit verstärkten sich die Repressionen. Insgesamt betrieb die sowjetische Regierung eine massive Politik der kulturellen Enteignung. Mit der Liberalisierung unter Michail Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre und der Implosion des Sowjetimperiums veränderte sich die Lage ein weiteres Mal grundlegend. In der Folge kamen gut 2,3 Millionen sogenannte russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler zurück in ihre „historische Heimat“. ■



*Bücherübergabe: BdV-Ortsvorsitzender Helmut Brandl (li.), Kreisvorsitzender der Deutschen aus Russland Eduard Sprink (3.v.li), Bürgermeister Thomas Raschel (4.v.li) und Leiterin der Gemeindebücherei Renate Lautenschläger (5.v.li)*

Hessen mit dem hessischen Innenminister Peter Beuth sagte dieser: „Es muss Orte geben, an denen Erinnerung stattfinden kann.“ Es gelte in diesem Zusammenhang, Schulen und Lehrpläne weiterhin und verstärkt mit Leben zu füllen. „Wir wollen Ihre Arbeit an der Erinnerungskultur unterstützen“, so Beuth. Der Aurtor Jörgy Dalos verfolgt in seinem

## Premiere für die „Europäische Tafelrunde“

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf bei Auftaktveranstaltung des BdV-Bensheim

Über viele Jahre hatte die von Brigitte Sattler bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2017 geführte Landsmannschaft der Ostseedeutschen in Bensheim zur „Preußischen Tafelrunde“ eingeladen. Mit der 61. Veranstaltung im Jahr 2017 fand diese schöne Tradition ein Ende. Nunmehr lässt Brigitte Sattler als Vorsitzende des im vergangenen Jahr neu formierten BdV-Ortsverbandes Bensheim die beliebte Veranstaltungsreihe als „Europäische Tafelrunde“ wiederaufleben. „Ihnen, liebe Frau Sattler, dafür ein herzliches Dankeschön – auch im Namen der Hessischen Landesregierung“, so Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in ihrem Grußwort.

„Flucht und Vertreibung, Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen im zerstörten Nachkriegsdeutschland sind Teil der deutschen und europäischen Geschichte und damit Teil unserer aller Geschichte. Deshalb ist es wichtig, dass sich auch Nicht-Vertriebene mit diesem Thema beschäftigen. Wir sind dazu verpflichtet, an das millionenfache Leid, das durch Flucht und Vertreibung ausgelöst wurde, zu erinnern und dieses Andenken in Ehren zu halten. Und wir sind deshalb dazu verpflichtet, uns jetzt und in Zukunft für Völkerverständigung, Versöhnung und ein geeintes Europa stark zu machen, damit nachfolgende Generationen nicht dasselbe Schicksal erleiden“, so die Landesbeauftragte. Dies setze eine lebendige Erinnerungskultur voraus. Deren Erhaltung und Pflege liege bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften in guten Händen, was auch mit der Wiederaufnahme dieser Veranstaltungsreihe und dem guten Zuspruch bei vollem Saal sichtbar werde.

Die „Europäische Tafelrunde“ mit Vortrag zu einem bestimmten Thema und gemeinsamen Abendessen steht unter dem Leitgedanken der Europäischen Verständigung. Bei der Auftaktveranstaltung sprach der russische Arzt Dr. Wassilij Khudiakov, der mit dem Auto 1.400 Kilometer aus Tilsit/Sovetsk angereist war, über die medizinische Versorgung im nördlichen Ostpreußen, heute Kaliningrader Gebiet. Die russische Konzertpianistin Oxana Schmiedel beeindruckte im Rahmenprogramm mit ihrer Klavierkunst und zog die anwesenden Gäste in ihren Bann. „Ein beeindruckender Abend, der ganz im Zeichen des Verstehens steht und ein sichtbares Signal für Völkerverständigung setzt. Ich freue mich, diese Premiere mitzuerleben und alle hier freuen sich auf weitere Veranstaltungen dieser Art“, so Ziegler-Raschdorf.



*Europäische Tafelrunde: (links von vorne) Oxana Schmiedel, russische Pianistin aus Weinheim; Dr. Kristian Hahn, stellvertr. Vorsitzender des BdV-Ortsverbandes Bensheim und befreundeter Arztkollege des Referenten Dr. Wassilij Khudiakov; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf sowie (rechts von vorne) Dr. Wassilij Khudiakov mit seiner Ehefrau; Brigitte Sattler, Vorsitzende des BdV-Ortsverbandes Bensheim. (Foto: LBHS)*

ßen, heute Kaliningrader Gebiet. Die russische Konzertpianistin Oxana Schmiedel beeindruckte im Rahmenprogramm mit ihrer Klavierkunst und zog die anwesenden Gäste in ihren Bann. „Ein beeindruckender Abend, der ganz im Zeichen des Verstehens steht und ein sichtbares Signal für Völkerverständigung setzt. Ich freue mich, diese Premiere mitzuerleben und alle hier freuen sich auf weitere Veranstaltungen dieser Art“, so Ziegler-Raschdorf. ■

## Stammtisch der Sudetendeutschen seit 60 Jahren

Allmonatliches Treffen in Lauterbach in „offener Runde“

Seit rund 60 Jahren gibt es den „Stammtisch der Sudetendeutschen“ in Lauterbach. So trafen sich seine Teilnehmer kürzlich wieder im Gasthof „Felsenkeller“. Ins Leben gerufen wurde diese monatliche zwanglose Runde am jeweils ersten Dienstag im Monat um 18:30 Uhr von den früheren heimischen Aktiven in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, nämlich Franz Putscher, Wilhelm Ertl, dem Ehepaar Edith und Franz Jenisch sowie Anton Lerch. Noch heute erfreut sich diese Veranstaltung eines recht guten Zuspruchs, wozu natürlich auch dankenswerterweise neu hinzugekommene Teilnehmer, die nicht unbedingt zum unmittelbaren Kreis der Heimatvertriebenen

zählen, beigetragen haben. Regelmäßiger Gast ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft und hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann, der immer mit aktuellen Verbandsinformationen das Interesse seiner Zuhörer zu wecken versteht.

Aber auch örtliche vertriebenen-spezifische Anliegen werden unter den Teilnehmern offen diskutiert und bisweilen auch Lösungen zugeführt. Bezüglich der „Neugestaltung der „Heimattube“ im Hohhaus-Museum in Lauterbach stehen befriedigende Ergebnisse bislang leider aus. SL-Vorsitzender Karl-Hans Wienold wird jedoch in Kürze einen neuen



*SL-Stammtischrunde mit Karl-Hans Wienold (re.) und Siegbert Ortmann (3.v.re.)*

Anlauf bei der Museumsleitung starten. Die gemütliche Stammtischrunde, die übrigens für jedermann offensteht, wird auch begleitet von schmackhaften Speisen und Getränken in der historischen Brauereigaststätte. ■

# Die Wolskinder – eine Kindereneration nach 1945

## Suche nach der eigenen Identität - Hörtheater in der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule

Es war ganz still in der Aula der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule. Der große Saal war bis auf den letzten Platz mit Schülern der 12. Klasse gefüllt. Von der dunklen Bühne kamen dramaturgisch vorgetragene Texte mit unterlegten Musikklingen.

Der Landesverband des Bundes der Vertriebenen in Hessen hatte zu einer Veranstaltung in das hessische Gymnasium im Herzen von Wiesbaden eingeladen, zu einem Thema, mit dem viele Menschen unserer Tage nicht viel anfangen können: „Die Wolskinder - Eine Kindereneration nach 1945.“ Rose-Lore Scholz, Kulturreferentin des BdV-Landesverbandes Hessen, hieß hierzu den BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann, Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Markus Gaßner, Stadtrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Dr. Christopher Spatz, Autor und Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft, und Gregor Gleitsmann, Geschichts- und Musiklehrer der Elly-Heuss-Schule, willkommen.



Schauspielerinnen Anja Bilabel hatte sich der Geschichte dieser sogenannten „Wolskinder“ mit einem „Hörtheater“ angenommen, einer spannenden Melange aus Zeitzeugenberichten, Literatur und Dokumentation, umrahmt von musika-

lischen Impressionen. Für die begleitenden Klänge und musikalischen Effekte sorgte die Schlagzeugerin Salome Amend.

Das Doku-Feature beleuchtete in verschiedenen Facetten die vielerorts vergessene Geschichte deutscher Kriegskinder im ehemaligen Ostpreußen, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor russischen Soldaten in Sicherheit zu bringen versuchten, heimat- und elternlos „verwilderten“ und daher „Wolskinder“ genannt wurden, - einer Geschichte über die Bedeutung von Identität, Menschenwürde und Mitgefühl.

Die Schauspielerinnen ließ in ihrem Hörtheater mehrere Autorinnen zu Wort kommen, die sich dieser Kinder in Büchern annahmen. Die Journalistin Sonya Winterberg ist eine der Autorinnen, die letzte Zeitzeugen dieser dramatischen Jahre besucht hat. Nach jahrzehntelangem Schweigen erzählen sie erstmals von der Angst, dem Hunger und der lebenslangen Einsamkeit. Aber auch von Menschen, die ihnen das Überleben ermöglichten und den Weg in die Zukunft wiesen.

Der Ort der Handlung: Ostpreußen im Jahre 1941, ein Aufmarschgebiet für den Angriff auf die Sowjetunion. Ende 1944 stand die Rote Armee ihrerseits an der ostpreußischen Grenze. Hunderttausende flohen, um befürchteter Rache und Vergeltung zu entgehen. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten den Tod der eigenen Familie. Über 20.000 deutsche Kinder wurden ab 1944 in Ostpreußen von ihren Familien getrennt - viele für immer. In der nunmehr besetzten Pro-

vinz mussten andere ohnmächtig mit ansehen, wie ihre Geschwister verhungerten, die Großeltern aus Schwäche starben oder die Mutter einer Epidemie erlag. Dazu kamen die schrecklichen Greuel rachedurstiger Rotarmisten. Auf sich allein gestellt, überlebten diese Kinder in den Wäldern des Baltikums. Man nannte sie „Wolskinder“. Seit Anfang der 90er-Jahre kämpfen die „Wolskinder“, die sich seit September 1990 im litauischen Vilnius im Verein „Edelweiß-Wolskinder“ engagieren, um die Anerkennung als deutsche Staatsbürger.

Aus dem Roman „Das Wiegenlied der Wolskinder“ der Autorin Johanna Ellsworth erlebten die Anwesenden das Schicksal einer Familie aus dem ostpreußischen Gerdauen und damit das Martyrium der Zeitzeugin Brigitte Trennepohl, mit dem unglaublichen Willen zu überleben. Der Tod ihrer Mutter lässt sie mit acht Jahren mit ihrem kleinen Bruder alleine zurück. Schon bald nachdem sie bei einem litauischen Bauern Unterschlupf finden, werden die Kinder getrennt. Fortan müssen sie als „Wolskinder“ ihren Leidensweg alleine gehen.

Zwei Mitglieder der Ostpreußischen Landsmannschaft in Hessen, Hannelore Neumann und Gerhard Schröder, selbst einstige „Wolskinder“, standen zum Schluss den Schülern für Fragen zur Verfügung. Dabei erfuhren die Jugendlichen, dass Hannelore Neumann mit drei Jahren von ihren Eltern getrennt und erst nach 36 Jahren mit Hilfe von Suchdiensten ihre wahre Identität erfuhr. ■



V.l.: Dr. Christopher Spatz, Markus Gaßner, Margarete Ziegler-Raschdorf, Rose-Lore Scholz, Siegbert Ortmann und Anja Bilabel (2.v.re.)



Wolskinder Hannelore Neumann und Gerhard Schröder (Fotos: BdV Hessen)

# Großes Lob für Wetzlars Patenschaft

## Liederabend mit Liedgut aus den Vertreibungsgebieten

„Wetzlar ist die einzige Stadt in ganz Deutschland, die sich des ostdeutschen Liedgutes in dieser besonderen Weise annimmt. Vor diesem Hintergrund gebührt der Stadt großer Dank und große Anerkennung“. Mit diesem Lob kam die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf aus der Landeshauptstadt Wiesbaden zum ostdeutschen Liederabend in die Wetzlarer Stadthalle. Die Landesbeauftragte überbrachte die Grüße von Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth.

Ziegler-Raschdorf wies darauf hin, dass Flucht und Vertreibung nunmehr 75 Jahre zurückliegen. Von den 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den angestammten Siedlungsgebieten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa seien damals rund eine Million Menschen nach Hessen gekommen. Die größte Gruppe von 400.000 Vertriebenen waren Sudetendeutsche, 200.000 Schlesier, 100.000 Ostpreußen, 70.000 aus Pommern und der Mark Brandenburg, 60.000 aus Polen und Danzig und 60.000 aus Südosteuropa. Folglich hätten ein Drittel der Hessen Vertreibung und Aussiedlung selbst erlebt oder seien als Angehörige davon betroffen.

Nach 75 Jahren könne man sagen, dass sie in Hessen ein neues, gutes Zuhause gefunden haben. Die Erinnerung an die alte Heimat und ihr Kulturgut habe man diesen Menschen nicht nehmen können. Dazu gehörten auch die Lieder aus der alten Hei-

mat. „Die Bewahrung dieser Kultur, der Bräuche und Gepflogenheiten, die Bewahrung der Erinnerung ist nicht nur wichtig für das eigene Selbstverständnis der aus der Heimat im Osten Vertriebenen, sie ist auch notwendig für ein vollständiges Bild der Geschichte Deutschlands und zwar für alle Deutschen“, so Ziegler-Raschdorf. Sie sei dankbar, dass Wetzlar die Patenschaft für das ostdeutsche Lied übernommen hat und pflegt. Dafür ist die Stadt bereits im Jahr 2013 mit den Landespreis „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ausgezeichnet worden. Nunmehr bestehe die Patenschaft seit 58 Jahren. Diese entstand auf Initiative des heimatvertriebenen Musikpädagogen und Volkskundlers Edgar Hobinka (1905 bis 1989). Er übernahm den Aufbau des Archivs, das heute 1800 Liederbücher, 1500 Liedblätter und in der Liedsuchdatei 66.000 Einträge enthält.

Die Landesbeauftragte dankte allen, die sich um den Erhalt dieses Kulturgutes bemühen. So galt ihr Dank auch dem heutigen Leiter der Patenschaft, Gerhard König, der seit 2003 dieses Amt ehrenamtlich ausführt. Ziegler-Raschdorf brachte auch noch die Zusicherung der Landesregierung mit, dass die Patenschaft für das ostdeutsche Lied auch in Zukunft auf finanzielle Hilfen aus Wiesbaden rechnen könne. Sie hoffe, dass die Mittel im Februar für den Erhalt des Kulturgutes verdoppelt werden. Bürgermeister Dr. Andreas Viertelhausen überbrachte vor 300 Besuchern, darunter zahlreiche Volksvertreter sowie der stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Manfred Hüber und der Vorsitzende der Kreis-

gruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kuno Kutz, in der Stadthalle die Grüße der Stadt Wetzlar. Es sei erstaunlich, was König und seine Mitstreiter geleistet haben, um das ostdeutsche Liedgut zu erhalten. Was an Kulturellem bewahrt und in Erinnerung behalten werde, könne man beispielhaft an diesem Liederabend erleben.

In einem rund zweistündigen Programm war eine große Bandbreite von Liedern aus den ehemaligen Ostgebieten zu hören. Für den Liederabend hatte man die Egerländer Familienmusik Hess aus Hirschhorn am Neckar unter der Leitung von Alexander Hess gewonnen. Der Union-Chor Wetzlar von 1873 und Chorgemeinschaft „Harmonie“ 1922 Wetzlar-Büblingshausen sangen unter der Leitung Cristina Macaveiu u.a. „Der Lindenbaum“, bekannt unter der Zeile „Am Brunnen vor dem Tore“ von Wilhelm Müller, das Franz Schubert im Jahr 1846 bearbeitete und bekannt machte. ■

**Lothar Rühl**

### Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied

Hauser Gasse 17  
35573 Wetzlar

Telefon 06441 99-1031

E-Mail ostdeutscheslied@wetzlar.de

### Öffnungszeiten:

Dienstag und Donnerstag  
9.30 – 12.00 Uhr und nach Vereinbarung



Manfred Hüber (3.v.re) und Margarete Ziegler-Raschdorf (2.v.re) mit Mitwirkenden und Ehrengästen



Union-Chor 1873 Wetzlar und Chorgemeinschaft „Harmonie“ 1922 Wetzlar-Büblingshausen (Fotos: Lothar Rühl)

# Die Kirche im Sudetenland

## Organisation der Seelsorge der Katholischen Kirche von 1938 bis 1945

Im Februar war Alfred Pacht zu Gast im „Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien, Haus Königstein“ in Friedberg-Ockstadt. Pacht hatte sein Geschichtsstudium in Gießen mit einer Arbeit über „die Kirche im Sudetenland“ nach dem Münchner Abkommen abgeschlossen.

Pacht referierte über die Bemühungen des Vatikans, die Seelsorge zu gewährleisten, als alle Bistümer in Böhmen, Mähren und Schlesien durch die neuen Grenzen geteilt wurden und nur die Bischofsstadt Leitmeritz im Deutschen Reich lag, während in allen anderen Diözesen die Bistumsverwaltung im Ausland lag. Entgegen allen rechtlichen Traditionen, erklärte die NS-Führung das Sudetenland zum staatskirchenrechtlich rechtlosen Raum. Ganz im Sinne des Gauleiters Henlein, der seinen Gau zum „Mustergau“ machen wollte, wurden im Sudetenland Vorgehensweisen ausprobiert, die später im „Altreich“ angewendet werden sollten. So ging die GeStaPo in besonderer Weise gegen Priester vor.

Der Referent erläuterte, wie sich nach dem Münchener Abkommen und der Besetzung des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich für die katholische Kirche dort eine komplizierte Situation ergab. Die Bischofs-

stümer. Allein in Leitmeritz residierte ein deutscher Bischof in deutschem Gebiet. Dazu kamen Bereiche, die zum Erzbistum Breslau gehörten. Beide Bistümer hatten aber auch tschechische Anteile und zu denen wollte die NS-Führung die Kontakte unterbinden.



Institutsleiter Professor Dr. Rudolf Grulich (li) und Referent Albrecht Pacht (Foto: Erika Quaiser)

sitze Prag, Budweis, Königgrätz, Brünn und Olmütz lagen in tschechischem Gebiet und hatten tschechische Bischöfe. Die NS-Führung verwehrte diesen die Ausübung ihres Amtes in den deutschen Gebieten der Bi-

Im Einvernehmen mit dem Vatikan richteten die Bistümer daher räumlich definierte Generalvikariate für die Gebiete der jeweiligen anderen Nation ein. Die deutschen Gebiete des Bistums Budweis wurden den deutschen und österreichischen Nachbarbistümern als „apostolische Vikariate“ zur Verwaltung unterstellt. Dies funktionierte unter den gegebenen Umständen gut. Teilweise wurden Priester, z. B. aus Westfalen, zur Betreuung der Gemeinden geholt und die großen Abteien halfen in der Gemeindegeseelsorge aus. Die Katholische Kirche überstand mit dieser Organisation den im Sudetenland besonders heftigen Kirchenkampf.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches wurden diese Administrationsbezirke aufgelöst und die deutschen Administratoren mit ihren deutschen Pfarrkindern vertrieben. Insgesamt zeigte sich, dass die Anbindung an Rom in dieser Zeit für die Kirche gut war. Denn diese verhinderte einen direkten Zugriff des NS-Staates auf die kirchlichen Strukturen und Ämter.

Pacht würdigte auch den Mut der Priester und Gläubigen, die der Kirche trotz der Nazi-Diktatur treu blieben. Nach dem Vortrag entwickelte sich eine rege Diskussion. ■

Norbert Quaiser

### Institut für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien e.V.

#### Bibliothek und Archiv

Das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien befindet sich im „Haus Königstein“ in Geiß-Nidda, einem Ortsteil der Stadt Nidda mit einer ansehnlichen Bibliothek mit etwa 12.000 Büchern. Der überdachte Hof trägt den Namen „Speckpater-Platz“ zum Gedenken an den weltberühmten Pater Werenfried van Straaten, der im Jahre 2013 100 Jahre alt geworden wäre. Im Hause befindet sich auch die Bibliothek des Auschwitz-Überlebenden Pavel Bergmann aus Prag, die von seinem Sohn Daniel Bergmann hier untergebracht wurde.



Außerdem besitzt das Institut einen Bestand an Archivalien an Nachlässen von Priestern aus dem Sudetenland, darunter auch Vertreibungsberichte, in denen die Priester das Vertreibungsgeschehen ihrer Gemeinden 1945 und 1946 dokumentierten. Es existiert auch eine Gebetbuchsammlung mit rund 200 Gebetbüchern der böhmisch-mährischen Diözesen und ihrer Wallfahrtsorte.

### Institut für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien e. V.

Haus Königstein Telefon 06043 9885224  
Zum Sportfeld 14 E-Mail haus-koenigstein.nidda@t-online.de  
63667 Geiß-Nidda Web www.institut-kirchengeschichte-haus-koenigstein.de



Diözesen in den 1930er Jahren, in Rot die neuen Grenzen vom November 1938 (Quelle: Institut für Kirchengeschichte)



# Ein „Brückenbauer“ ist von uns gegangen

## Zum Tode von Georg Stolle



Georg Stolle (Foto: privat)

Wir trauern um Georg Stolle, Vorsitzender des Deutsch-Europäischen-Bildungswerkes in Hessen und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV), Ehrenbürgermeister der Stadt Bensheim und Träger des Verdienstordens am Bande der Bundesrepublik Deutschland, der im 81. Lebensjahr von uns gegangen ist. Viele Menschen haben von Georg Stolle in der bis auf den letzten Platz besetzten Bensheimer Stadtkirche Sankt Georg Abschied genommen. Pfarrer Thomas Catta vor dem im Altarraum aufgebahrten Sarg des Verstorbenen: „Georg Stolle war Patron und Vater der Stadt. Sein Beruf war Berufung.“

### Georg Stolle war ein außergewöhnlicher Mensch!

Sein jahrzehntelanges Engagement in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die Menschen war beispielhaft. Es war nicht nur die Vielzahl der Leistungen, die der Verstorbene letztlich für die Menschen erbrachte, sondern es war vor allem die hohe Qualität dessen, was Stolle in all den Jahrzehnten geleistet hat.

In Oberschlesien geboren, hat er sich nach dem Verlust seiner Heimat und der späteren Ankunft in Bensheim in vielen Ämtern für die Weiterentwicklung dieser Region eingesetzt. Er hat viele Jahre hindurch entscheidende Projekte begonnen, umgesetzt, weitsichtige Entscheidungen getroffen und zukunftsweisende Weichen gestellt. Sein Wirken war stets von Entscheidungsfreude gekennzeichnet, gepaart mit Weitsicht und einer gesunden Portion Bodenständigkeit. Christian Engelhardt, Landrat des Kreises Bergstraße: „Die gesamte Region verdankt seinem Weitblick, seinem Verstand und seinem außergewöhnlichen Einsatz sehr viel. Sein Wirken für die Gesellschaft reichte weit über die Grenzen Bensheims hinaus.“

Diese Erfahrungen und die diplomatischen Fähigkeiten in Gesellschaft und Politik kamen seit dem Jahre 2012 auch dem Bund der Vertriebenen, der Schlesischen Landsmannschaft und dem Deutsch-Europäischen Bil-

dungswerk in Hessen zugute. Georg Stolle war für die deutschen Heimatvertriebenen und deren Nachkommen seitdem eine wichtige Integrationsfigur auf dem Weg zu einem friedvollen Europa. Die von ihm initiierten Städtepartnerschaften der Stadt Bensheim waren ihm von Anfang an ein wichtiges Anliegen und bestätigen so seinen Einsatz für Frieden und Völkerverständigung.

Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siebert Ortmann lobte in seinem Nachruf während der Trauerfeier das ehrenamtliche Engagement des Verstorbenen für den BdV und die Schlesische Landsmannschaft: „Er war ein kompetenter Seiteneinsteiger mit großem Sachverstand und ausgleichendem Wesen. Bei kontroversen Diskussionen hat er stets für Verständigung gesorgt. Bis zu seinem letzten Tag hat er gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus gekämpft. Er war ein wertvoller Kollege und ein unendlich guter Mensch.“

Der BdV-Landesverband Hessen ist Georg Stolle außerordentlich dankbar für die Zeit des fruchtbaren, gemeinsamen Wirkens für die deutschen Heimatvertriebenen.

Der BdV-Landesverband Hessen, die Schlesische Landsmannschaft und das Deutsch-Europäische Bildungswerk Hessen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren! ■

**BdV-Landesverband Hessen**

# Verdienstvoller Landmann aus dem Egerland

## Großes Ehrenzeichen der Sudetendeutschen für Erich Lill



Erich Lill nahm die Auszeichnung von Lothar Streck entgegen.

Am 26. Januar 2020 trafen sich die Aktiven des BdV-Kreisverbandes Offenbach im Europa-Haus Dietzenbach zu ihrer Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands. Die Mitglieder sprachen dem Kreisvorsitzenden Achim Langer und weiteren Vorstandsmitgliedern erneut ihr Vertrauen aus.

Besondere Ehre erfuhr das wiedergewählte Vorstandsmitglied Erich Lill. Aus den Händen von Lothar Streck, Vorstandsmitglied der Landesgruppe Hessen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, erhielt er das Große Ehrenzeichen für langjährige und hervorragende Dienste für Heimat und

Volksgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In seiner kurzen Laudatio beschrieb Lothar Streck den Geehrten als weitsichtigen Vordenker und unermüdlichen Mutmacher. Erich Lill stammt aus dem ehemaligen Landkreis Neudek (Nejdek) im Egerland. Besonders am Herzen liegt ihm die Erinnerung an das Unrecht der Vertreibung im Sinne einer dauerhaften Erinnerungskultur. Für seine umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit war Erich Lill bereits 1983 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen und 2015 mit dem Ehrenbrief der Stadt Dreieich ausgezeichnet worden. ■

**Lothar Streck**

# Eine sudetendeutsche Mahnerin

Zum Tode der Schriftstellerin Gudrun Pausewang – Von Eckhard Scheld

Am 23. Januar 2020 verstarb die Schriftstellerin Gudrun Pausewang im Alter von 91 Jahren in der Nähe von Bamberg. Das ist sicherlich auch ein Anlass, um an ihre Verdienste für die deutsche Jugendliteratur und die deutsch-tschechische Verständigung zu erinnern. Ein Jahr nach der Tschernobyl-Katastrophe erschien 1987 ihr Buch „Die Wolke“. Dieses Jugendbuch, erlebte in der Folgezeit mehrere Auflagen, wurde eine beliebte Klassenlektüre, über 1,5 Millionen Mal verkauft und in 16 Sprachen übersetzt, und ist ihr bekanntestes Buch. 1999 erhielt die Autorin das Bundesverdienstkreuz. 2003 wurde sie Ehrenbürgerin von Schlitz und 2008 richtete die Stadt Schlitz in Zusammenarbeit mit dem HR eine Feier zu ihrem 80. Geburtstag aus.

Bei der Würdigung ihres Werkes stehen die Bücher zum Thema Umwelt und Atomkraft im Fokus. Dabei gerät in den Hintergrund, dass sie schon seit 1959 schriftstellerisch tätig ist und über 100 Bücher in einer Gesamtauflage von fast fünf Millionen Exemplare herausgegeben hat. Auffällig in der Berichterstattung zu ihrem Tode ist, dass ihre sudetendeutschen Bezüge weitgehend vernachlässigt werden.

In dem Bericht der Tagesschau vom 24.1.2020 hieß es dazu nur lapidar: „Pausewang wurde am 3. März 1928 im böhmischen Dorf Mladkov (Wichstadt) geboren. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges flüchtete die Familie nach Deutschland.“ Das ist sicherlich zu wenig, da sie hier im Adlergebirge ihre prägende Kindheit und Jugend verbrachte und sie sich in mehreren Werken zur Wendezeit, insbesondere in vier Büchern zur Rosinkawiese, mit ih-

rer Herkunft, Flucht und Vertreibung, Neuanfang und Wiederbegegnung auseinandersetzte. Nachdem ihr Vater 1943 in Russland gefallen war, musste sie nach Kriegsende mit ihrer Mutter und fünf Geschwistern in den Westen fliehen. Nach einem pädagogischen Studium in Weilburg war Pausewang lange Zeit als Lehrerin tätig, zunächst in Wiesbaden und Weilburg, später an deutschen Auslandsschulen in Chile, Venezuela und Kolumbien. Von 1972 bis 1989 war sie als Grundschullehrerin in Schlitz tätig.

1995 hatte ich im Rahmen einer Studienfahrt „Auf den Spuren von Oskar Schindler“ mit einer 11. Klasse auch die Gelegenheit, das Geburtshaus von Gudrun Pausewang „auf der Rosinkawiese“ zu sehen. Die Bücher von Gudrun Pausewang bieten nach wie vor einen geeigneten, zeitgemäßen Zugang zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Über diese leidvolle Vergangenheit schreibt Pausewang nicht schematisch. Immer wieder variierte sie dieses Thema und suchte nach neuen literarischen Ausdrucksformen.

„Auf einem langen Weg“ oder „Was die Adamek-Kinder erlebten, als der Krieg zu Ende ging“ lautete der Titel ihres 1978 erschienen Kinderbuches, indem sie die Flucht der Adamek-Kinder, die aus Schlesien geflüchtet waren, von der Mutter getrennt wurden, und sich nun alleine bis zur Tante nach Dresden durchschlagen mussten, aus der Binnensicht der Kinder schilderte.

In ihrer Trilogie erzählt die Autorin von ihrer Kindheit im Sudetenland. Der erste Band „Rosinkawiese. Alternatives Leben vor 50 Jahren“ (1980) schildert hauptsäch-



1999 erhielt die Autorin das Bundesverdienstkreuz. 2003 wurde sie Ehrenbürgerin von Schlitz und 2008 richtete die Stadt Schlitz in Zusammenarbeit mit dem HR eine Feier zu ihrem 80. Geburtstag aus, bei der dieses Foto entstand.

lich die authentischen Erfahrungen ihrer Eltern, ein alternatives Leben zu führen.

Im zweiten Band „Fern von der Rosinkawiese – Die Geschichte einer Flucht“ (1989) geht es um die Verständigung zwischen den Generationen. Sie führt die Geschichte ihrer Familie weiter, vom Russeneinmarsch in Wichstadt bis zum vorläufigen Ende der Flucht im November 1945 in Winsen bei Hamburg. Im Band „Geliebte Rosinkawiese. Die Geschichte einer Freundschaft über Grenzen“ (1990) berichtet sie über die Freundschaft, die sich zu den neuen Bewohnern des Hauses entwickelte. In ihrem Abschlussband „Wie es den Leuten von der Rosinkawiese nach dem Krieg erging“ (1996) steht das entbehrungsreiche Leben ihrer Familie in der Nachkriegszeit im Mittelpunkt.

Nachdem die Autorin in einer Prager Ausstellung Kinderzeichnungen aus Theresienstadt gesehen hatte, nahm die Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung einen breiteren, gewichtigeren Raum im Schaffen der Autorin ein. 2016 erschien ihr letztes Buch „So war es, als ich klein war. Erinnerungen an meine Kindheit“ mit privaten Fotos der Autorin.

Eckhard Scheld



Geburtshaus von Gudrun Pausewang, 1995 (Fotos: E. Scheld)



## Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.  
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden



Telefon 0611 36019-0  
Telefax 0611 36019-22  
E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web [www.bdv-hessen.de](http://www.bdv-hessen.de)  
[www.bund-der-vertriebenen-hessen.de](http://www.bund-der-vertriebenen-hessen.de)  
[www.facebook.com/bdvhessen](https://www.facebook.com/bdvhessen)

### BdV-Landesverband

23. April – 19. Juni 2020 **BdV-Landesverband Hessen**  
**Ausstellung „So geht Verständigung – dorozumeni“**  
Haus der Heimat, Wiesbaden  
Öffnungszeiten: Mittwoch und Donnerstag 10.00 – 17.00 Uhr  
Freitag 10.00 – 14.00 Uhr

09. – 10. Mai 2020 **Landsmannschaft Ost- und Westpreußen**  
**Landeskulturtagung**  
**Landesdelegiertenversammlung (10. Mai)**  
Wiesbaden-Naurod, Wilhelm-Kempf-Haus

15. – 17. Mai 2020 **Deutsch-Baltische Gesellschaft e. V.**  
**Bundestreffen mit Festakt zum 70-jährigen Bestehen**  
Darmstadt, Haus der Deutsch-Balten

16. – 22. Mai 2020 **Deutsch-Europäisches Bildungswerk in Hessen e. V.**  
**Seminarreise nach Litauen**



29. – 31. Mai 2020 **Sudetendeutsche Landmannschaft, Bundesverband e. V.**  
**71. Sudetendeutscher Tag in Regensburg**  
**„Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“**  
Stadtwerk.Donau-Arena, Walhalla-Allee 22, Regensburg



6. Juni 2020 **Tag der Vertriebenen beim 60. Hessentag**  
**Brauchtumsnachmittag des BdV Hessen**  
in Bad Vilbel

20. – 27. Juni 2020 **Sudetendeutsche Landmannschaft, Landesgruppe Hessen**  
**JMG-Wanderwoche**  
Egerland

28. Juni 2020 **BdV-Kreisverband und SL-Kreisgruppe Groß-Gerau**  
**87. Heimatvertriebenenwallfahrt Maria Einsiedel**  
bei Gernsheim mit Weihbischof Udo Bentz, Diözese Mainz

6. Juli – 7. August 2020 **BdV-Kreisverband Groß-Gerau**  
**Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa“**  
Groß-Gerau, Landratsamt, Foyer

10. – 12. Juli 2020 **BdV-Landesverband Hessen**  
**Kulturtage**  
Wiesbaden-Naurod, Wilhelm-Kempf-Haus

**Absender:**



**BdV – Bund der Vertriebenen**  
Landesverband Hessen e.V.  
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F



Die djo-Deutsche Jugend in Europa wurde am 8. April 1951 auf Burg Ludwigstein als „Deutsche Jugend des Ostens“ als Jugendorganisation junger Heimatvertriebener gegründet. Ziel war es, deren Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft zu erleichtern. Seit der Öffnung für Migrantenselbstorganisationen im Jahr 2000 auf Bundesebene hat sich die djo – Deutsche Jugend in Europa zu einem Dachverband für Migrantenjugendverbände entwickelt. Die djo setzt sich für eine gleichberechtigte Anerkennung und Teilhabe der Migrantenjugendverbände und Migrantenselbstorganisationen (MJSO) ein.

Seit Beschluss des 55. djo-Bundesjugendtages im März 2010 gibt es ein neues Grundsatzzprogramm der djo – Deutsche Jugend in Europa, das die Vielfalt des Verbandes, seine Ziele und seine Tätigkeitsfelder beschreibt. Themenschwerpunkte der Arbeit sind internationaler Jugendaustausch, kulturelle Jugendbildung und Integrationsarbeit. Die djo möchte allen in Deutschland lebenden jungen Menschen eine Stimme geben und sie darin bestärken, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dazu fördert der Verband ihre politische, soziale und kulturelle Teilhabe.

## Einheit in Vielfalt

Die djo – Deutsche Jugend in Europa lebt Diversität und versteht Vielfalt als Chance.

Der Verband bietet Fachberatung zur Gestaltung eigener Jugendverbände sowie zur Einwerbung von Fördermitteln. Die djo vernetzt und qualifiziert junge Menschen und Multiplikatoren der Jugendarbeit durch internationale Fachkräfteaustausche, Hospitationsprogramme, Seminare und Fortbildungen.

Die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit ist zentraler Tätigkeitsschwerpunkt der djo – Deutsche Jugend in Europa, die sich für die gleichberechtigte Anerkennung und Teilhabe der Migrantenjugendverbände und Migrantenselbstorganisationen einsetzt, und von daher die internationale Jugendarbeit als Beitrag zum Frieden und zur Verständigung von und zwischen jungen Menschen versteht. Die djo ermutigt Kinder und Jugendliche dazu, kritikfähig sowie verantwortungsbewusst und -nehmend innerhalb unserer Gesellschaft zu sein und zu werden.

In Form von außerschulischer Bildungsarbeit, Freizeitgestaltung sowie Kultur- und

Integrationsarbeit möchte die djo junge Menschen zur Teilnahme motivieren, um ihre eigenen Wünsche und Forderungen zu formulieren und schlussendlich ihre eigenen Ideen und Ziele umzusetzen.

**djo – Deutsche Jugend in Europa**  
**Bundesverband e.V.**

Kuglerstraße 5 · 10439 Berlin

**Telefon** 030 446778-0

**E-Mail** [info@djo.de](mailto:info@djo.de)

[www.djo.de](http://www.djo.de)

[www.facebook.com/djo.Bundesverband](https://www.facebook.com/djo.Bundesverband)

**Deutsche Jugend in Europa**  
**Landesverband Hessen e. V.**

Heckenhöfchen 2 · 36163 Poppenhausen

**Telefon** 06658 919001

**E-Mail** [geschaeftsstelle@djhessen.de](mailto:geschaeftsstelle@djhessen.de)

[www.djhessen.de](http://www.djhessen.de)

[www.facebook.com/djolvhessen](https://www.facebook.com/djolvhessen)

**DJO-Landesheim Rodholz**

Rodholz-Heckenhöfchen 2

36163 Poppenhausen (Wasserkuppe)

**E-Mail** [info@djo-landesheim.de](mailto:info@djo-landesheim.de)

[www.djo-landesheim.de](http://www.djo-landesheim.de)

[www.facebook.com/djo.rodholz](https://www.facebook.com/djo.rodholz)



*Die DJO-Hessen besitzt eine Jugendbildungsstätte in Rodholz (Poppenhausen) direkt am Fuße der Wasserkuppe im Biosphärenreservat Rhön und den Erlebniszeltplatz. Zudem hält der Verband Anteile an der Jugendbildungsstätte auf der Wasserkuppe. (Fotos: [www.facebook.com/djo.rodholz](https://www.facebook.com/djo.rodholz))*